

# Rettet Kashgar!

**Schatz der Seidenstraße in Gefahr -  
Chinas Behörden lassen Altstadt Kashgars niederreißen**



**Report  
der Gesellschaft für bedrohte Völker - Juli 2009**

**Gesellschaft für bedrohte Völker**

Menschenrechtsorganisation mit beratendem Status beim Wirtschafts- und Sozialrat  
der VEREINTEN NATIONEN und mitwirkendem Status beim EUROPARAT

---

Arbil - Bern - Göttingen/Berlin - Groningen - Luxemburg - New York -  
Pristina - Sarajevo/Srebrenica - Temuco - Wien

## Gesellschaft für bedrohte Völker

Postfach 2024  
D-37010 Göttingen  
Telefon ++49 (0)551 49906-0  
Fax ++49 (0)551 58028  
info@gfbv.de  
www.gfbv.de



**Spendenkonto: 1909 - Sparkasse Göttingen - BLZ 260 500 01**

### Impressum:

Text:	Ulrich Delius
Redaktion:	Inse Geismar
Satz und Layout:	Florian Gobrecht
Preis:	2,50 Euro

Herausgegeben von der Gesellschaft für bedrohte Völker  
im Juli 2009



## Inhaltsverzeichnis

# Rettet Kashgar!

## Schatz der Seidenstraße in Gefahr - Chinas Behörden lassen Altstadt Kashgars niederreißen

Zusammenfassung .....	Seite 5
Empfehlungen der Gesellschaft für bedrohte Völker .....	Seite 7
Kashgars Altstadt wird zerstört .....	Seite 7
Fragwürdige Rechtfertigung der Behörden .....	Seite 9
Immer mehr Häuser werden niedergerissen .....	Seite 11
Kashgars Doppelcharakter .....	Seite 11
Zerstörung auf Raten .....	Seite 12
Unverständnis und Ohnmacht bei den Bewohnern .....	Seite 14
Uigurische Organisationen protestieren .....	Seite 15
China verschärft Verfolgung in Kashgar .....	Seite 16
Überwachung und Kontrolle wird verschärft .....	Seite 17
Recht auf angemessenes Wohnen wird ignoriert .....	Seite 18
Chinas Schutz des kulturellen Erbes .....	Seite 19
Schutz der Kulturgüter in Xinjiang / Ostturkestan .....	Seite 21
China und die Weltkulturerbe-Konvention .....	Seite 22
Seidenstraße soll als »Weltkulturerbe« unter Schutz gestellt werden .....	Seite 23
Altstadt-Zerstörung verletzt das Völkerrecht .....	Seite 25
Zerstörung Kashgars erinnert an den Abriss des alten Lhasa .....	Seite 26
Neue Häuser in Lhasa schützen nicht vor Erdbeben .....	Seite 27
»Sanierung« erleichtert Überwachung der Tibeter in Lhasa .....	Seite 28
Weltweite Proteste gegen Chinas »kulturellen Vandalismus« in Tibet .....	Seite 28
Alte Häuser in Lhasa aktiv schützen und sanieren .....	Seite 29
Menschenrechte der Uiguren werden ignoriert .....	Seite 29

## 1. Zusammenfassung

Der mehr als 2000 Jahre alten Altstadt der Stadt Kashgar im Nordwesten Chinas droht die Zerstörung. In den kommenden fünf Jahren sollen rund 200.000 Menschen in so genannte erdbebensichere Wohnblocks umgesiedelt werden. Das Projekt, das am 27. Februar 2009 begann, sieht die Zerstörung von 85 Prozent der Jahrhunderte alten Bausubstanz vor. Kashgar gilt als die kulturhistorisch bedeutendste islamische Stadt Zentralasiens. Nur 15 Prozent der alten Häuser sollen im Rahmen eines Freilichtmuseums erhalten werden, um den alljährlich 1,5 Millionen Touristen aus dem In- und Ausland die alte islamische Kultur vor Augen zu führen.

Die betroffene Bevölkerung wurde in die Planung des Projektes nicht angemessen einbezogen. Betroffene klagen darüber, dass sie keine ausreichenden Informationen über die bevorstehende Umsiedlung erhalten. Die meisten Bewohner wurden von den anrückenden Bulldozern am 27. Februar 2009 überrascht. Bis Mitte Juni 2009 wurden rund 5 Prozent der Altstadt, darunter mehrere Stadtviertel und Straßenzüge, zerstört.

Die chinesischen Behörden rechtfertigen das Projekt mit dem Schutz der Bevölkerung vor Erdbeben, einer Verbesserung ihrer Lebensbedingungen sowie dem Mangel an Löschwasser im Falle eines Großfeuers. Statiker und Landeskenner halten diese Argumentation nicht für stichhaltig. Denn viele der Häuser, die aus Lehm und Holz gebaut sind, schauen auf eine mehrere hundert Jahre alte Geschichte zurück und haben bereits zahlreichen Erdbeben standgehalten. Statiker und Bewohner der Häuser weisen darauf hin, dass gerade die Verwendung von Holzträgern in den Lehmhäusern es ermöglicht, Erdstöße abzapfen. Die sechsstöckigen neuen Wohnblocks, in die Bewohner der Altstadt umsiedeln sollen, seien entgegen der Darstellung der Behörden aufgrund einer mangelhaften Verarbeitung nicht erdbebensicher. Beim katastrophalen Erdbeben in der Provinz Sichuan, dem im Mai 2008 rund 90.000 Menschen zum Opfer fielen, waren Baumängel entscheidend verantwortlich für die hohe Zahl an Toten.

Wenn es den Behörden nur um eine Verbesserung der Lebensbedingungen der Bewohner der Altstadt ginge, müssten sie die Häuser nicht niederreißen, sondern könnten sie renovieren und in Stand setzen. Gute Erfahrungen mit einem entsprechenden Projekt hat Ende der 1990er Jahre der »Fonds Tibet Erbe« in der alten tibetischen Hauptstadt Lhasa gemacht und zur Instandsetzung von Dutzenden Häusern mit internationaler finanzieller Unterstützung beigetragen. Sicherlich wären auch zahlreiche Staaten bereit, sinnvolle Erhaltungsmaßnahmen in Kashgar großzügig zu unterstützen.

Doch Chinas Behörden haben offensichtlich kein Interesse an der Bewahrung des alten Stadtbildes Kashgars. Zwar haben sie das »Kairo des Ostens«, wie Kashgar oft bewundernd genannt wird, im Jahr 1986 zu einer »historisch und kulturell bedeutsamen Stadt Chinas« erklärt. Doch bei ihren gemeinsam mit zentralasiatischen Nachbarstaaten betriebenen Bemühungen um eine Registrierung der »Seidenstraße« als Weltkulturerbe im Sinne der Weltkulturerbe-Konvention der Weltkulturorganisation *UNESCO* ignorierten sie die Altstadt Kashgars. Zwar widerspricht dies dem Geist der Weltkulturerbe-Konvention, jedoch zeigt der Streitfall Kashgar auch die Grenzen dieser Konvention auf. So kann ein Kulturdenkmal von Welterbe-Format nicht wirksam geschützt werden, wenn der betreffende Staat, in dem das Kulturgut gelegen ist, nicht bereit ist, das Denkmal in der Welterbe-Liste registrieren zu lassen. China will bei dem voraussichtlich im Jahr 2011 bei der Welterbe-Kommission einzureichenden Antrag auf Registrierung der Seidenstraße als Weltkulturerbe bis zu 48 Kulturstätten in der Volksrepublik unter Schutz stellen lassen. Es handelt sich dabei vor allem um Grabstätten, Höhlen und Überreste der »Großen Mauer«.

Die Erhaltung von nur 15 Prozent der alten Bausubstanz ist unzureichend, da der Wert von Kashgars Altstadt nicht in einzelnen Gebäuden, sondern im einheitlichen Stadtbild einer überwiegend aus Lehm gebauten Metropole besteht. Wie wertvoll ein solches Stadtbild heute ist, wird auch darin deutlich, dass die Altstadt Kashgars für Dreharbeiten international bekannter Filme genutzt wird. Zuletzt wurden zahlreiche Szenen des in Afghanistan spielenden Films *Drachenhäuter* in Kashgars Altstadt gedreht.

Chinas Sanierung mit Bulldozern verletzt sowohl nationales chinesisches Recht als auch Völkerrecht. So missachten die Behörden das »Stadtplanungsgesetz«, das »Gesetz zum Schutz kultureller Güter« und die »Verordnung zum Schutz bedeutsamer historischer und kultureller Städte«. Auch ignorieren die Behörden »Empfehlungen der UNESCO zum Schutz und zur gegenwärtigen Rolle von historischen Stätten« sowie die »Charta für die Erhaltung historischer Städte und städtischer Gebiete« der angesehenen Nichtregierungsorganisation *Internationaler Rat für Denkmalpflege (International Council on Monuments and Sites, ICOMOS)*, mit der die chinesischen Behörden ansonsten eng kooperieren. Der Fall Kashgar macht ebenso die Schwächen des »Eigentumsgesetzes« und der »Verordnung zum Abriss von Häusern in Städten und zur Durchführung von Umsiedlungen« deutlich. Chinas kultureller Vandalismus verletzt zudem das Völkerrecht. So verstößt die Volksrepublik gegen die »Kinderrechtskonvention«, die »Konvention zur Abschaffung jeder Form von Rassismus und rassistischer Diskriminierung« und die »Konvention zur Abschaffung jeder Diskriminierung gegen Frauen«. Außerdem verletzt werden der »Internationale Pakt über Wirtschaftliche, Soziale und Kulturelle Rechte« und die »UNESCO-Deklaration zu Rassen und rassistischen Vorurteilen« sowie die von der Generalversammlung der Vereinten Nationen verabschiedete »Globale Schutz-Strategie für das Jahr 2000«.

Der Abriss der Altstadt Kashgars erinnert aber auch an die gezielte Zerstörung des alten Lhasa in den 1990er Jahren. Auch damals überwogen für die Regierung Chinas vor allem Sicherheitsinteressen: Die verwinkelten engen Gassen der Altstadt machten eine totale Überwachung der tibetischen Bevölkerung mit Sicherheitskameras unmöglich. Nach dem Abriss der alten Gebäude wurden die Straßen verbreitert und neue Wohn- und Geschäftshäuser errichtet, die heute eine perfekte Erfassung aller wichtigen Plätze und Straßen mit Sicherheitskameras durch die chinesischen Behörden ermöglicht. So wurden öffentliche Proteste von Tibetern gegen die chinesische Politik erschwert und nahmen in der Folgezeit in Lhasa auch zahlenmäßig ab. Lhasa hat eine zentrale kulturelle, historische und religiöse Bedeutung für die Tibeter. Entscheidend trägt die Stadt zur Bildung und Festigung ihrer Identität bei.

Eine ähnliche Bedeutung besitzt Kashgar für die Uiguren. Die Altstadt gilt nicht nur als ihr kultureller und religiöser Mittelpunkt, sondern stand auch in der Geschichte Ostturkestans mehrfach für das Engagement der Uiguren bei der Durchsetzung ihres Selbstbestimmungsrechts. Chinesische Sicherheitsbehörden sehen in der Stadt das Zentrum des uigurischen Widerstands gegen die chinesische Herrschaft. Mit immer neuen Razzien überzogen sie in den letzten beiden Jahren die Einwohner Kashgars. Mit aller Macht wird versucht, den uigurischen Charakter der Stadt zu zerstören. Jüngst wurden Mitarbeiter der Verwaltung angewiesen, keine Bärte zu tragen. Der Parteisekretär der Kommunistischen Partei Xinjiangs besuchte die Stadt im April 2009 und forderte alle Kräfte in der Stadt auf, uigurischen »Separatismus« und »Terrorismus« mit allen Mitteln zu bekämpfen. Die Stadtverwaltung baute eine spezielle Miliz von 1792 Sicherheitskräften auf, die ausschließlich zur Überwachung Kashgars abgestellt sind. Überall in der Stadt wurden 2100 Sicherheitskameras installiert, um alle Bewegungen der Bevölkerung zu überwachen. Nach der fast vollständigen Zerstörung der Altstadt wird in fünf Jahren die Überwachung der uigurischen Bewohner für die Sicherheitsdienste deutlich einfacher sein. Neue Wohnblocks, breite Straßen und Plätze werden Kashgar zu einer beliebigen chinesischen Stadt verwandeln, die am Reissbrett entworfen wurde.

Für Kashgar hat dies dramatische Folgen. Eine mehr als 2000 Jahre alte Stadt, die Wiege islamischer Zivilisation in Zentralasien, wird in nur fünf Jahren dem Erdboden gleichgemacht. Eine so unverantwortliche Politik ist nicht nur ein Verbrechen am Weltkulturerbe, sondern zerstört die kulturelle Identität der Uiguren. Seit Jahren verletzen die chinesischen Behörden systematisch grundlegende Menschenrechte der Uiguren. Die Zerstörung der Altstadt Kashgars ist ein massiver Versuch der chinesischen Behörden, ihre Kontrolle der Uiguren um jeden Preis zu sichern. Für Kashgar und die Uiguren hingegen ist es eine Katastrophe. Die ohnehin bestehenden Spannungen zwischen den Uiguren und der chinesischen Verwaltung sowie zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen werden weiter angeheizt

## 2. Empfehlungen der Gesellschaft für bedrohte Völker

Die chinesischen Behörden in der Stadt Kashgar sollten gedrängt werden:

- sofort die Umsiedlungen und die Zerstörung der Altstadt Kashgars zu stoppen,
- sicherzustellen, dass die betroffenen Uiguren in allen Fragen der »Sanierung« ihrer Wohngebiete rechtzeitig und angemessen kontaktiert werden und mitwirken können,
- die Altstadt Kashgars unter den Schutz des Weltkulturerbes der Vereinten Nationen zu stellen,
- die Zuwanderung und Ansiedlung von Han-Chinesen in neuen Wohngebieten in Kashgar und insgesamt in der Autonomen Region Xinjiang zu unterbinden,
- die kulturhistorische Bedeutung der Altstadt Kashgars anzuerkennen und auch in der Tagespolitik (zum Beispiel bei der Umsetzung neuer Verkehrsprojekte und bei der Stadtplanung) zu berücksichtigen, sowie
- die von Umsiedlungen betroffenen Uiguren auch nach Ablauf der Frist zur freiwilligen Meldung zur Umsiedlung großzügig zu entschädigen.

## 3. Kashgars Altstadt wird zerstört

Mit Bulldozern wurde am 15. Juni 2009 die mittelalterliche Islamische Schule im alten Stadtkern von Kashgar niedergerissen, berichteten Augenzeugen. Die *Xanliq Madrasa* war von größter kultureller Bedeutung für die Uiguren, die muslimische Mehrheitsbevölkerung in der Autonomen Uigurischen Region Xinjiang im Nordwesten der Volksrepublik China. In Ostturkestan, wie die Uiguren ihre Heimat bezeichnen, gibt es ein reiches geschichtliches und philosophisches Erbe dieser hoch stehenden Kultur. Die *Xanliq Madrasa* dokumentierte die Jahrhunderte alte Tradition philosophischer und religiöser Studien in Ostturkestan. Schon im 11. Jahrhundert machte der weltberühmte Gelehrte Mahmud ibn Hussayn ibn Muhammad al-Kashgari (1005-1102) Studien der Turk-Sprachen an der Madrasa. Der Sprachenforscher veröffentlichte im Jahr 1072 mit dem *Kompendium der Sprache der Türken* das erste umfassende Lexikon aller Turk-Sprachen. Das Lexikon war für die Kalifen von Bagdad bestimmt und enthielt die ersten Karten der Siedlungsgebiete von Turk-Völkern sowie ihrer Lyrik.

Später erlebte die Islamische Schule einen Niedergang, der erst um das Jahr 1860 gebremst wurde, als der reiche Händler Abdurusulbay aus Atush die Madrasa neu gründete. Im Gegenzug bot die Madrasa Grundschulen Obdach, die von lokalen Persönlichkeiten gegründet worden waren. Im Jahr 1883 wurde dort von Abdurusulbays Enkeln Bawudunbay und Hüsäyinbay Musabayov versuchsweise die erste Grundschule Ostturkestans eingerichtet, in der die muslimische und die übrige Ausbildung in wissenschaftlichen Fächern zusammengefasst wurden. Zwar war dieses Projekt nur von kurzer Dauer, doch in der nachfolgenden *Atush's Hüsäyniyä-Schule* lernten Generationen von Schülern Islamstudien und andere wissenschaftliche Materien.

Viele der uigurischen Intellektuellen wurden im 20. Jahrhundert an der *Xanliq Madrasa* ausgebildet. So wurde die islamische Schule auch eine Wiege der uigurischen Opposition gegen die Kommunistische Partei Chinas und ihre Ideologie. In seiner Blütezeit bestanden in Kashgar 18 Islamische Schulen, in denen jedes Jahr bis zu 2000 Studenten ausgebildet wurden. Die gezielte Zerstörung der *Xanliq Madrasa* führt in abschreckender Weise den Umgang der chinesischen Behörden und der Kommunistischen Partei mit der Kultur und der traditionellen Gesellschaft der Uiguren vor.

Der Abriss der Madrasa ist Teil einer groß angelegten Umgestaltung der Altstadt Kashgars durch die chinesischen Behörden. Am 27. Februar 2009 hatten die sie einen groß angelegten »Wiederaufbau« des alten Stadtkerns angekündigt (*Xinjiang Daily*, 27.2.2009 / [www.xj.chinanews.com.cn](http://www.xj.chinanews.com.cn), 28.2.2009). Schon wenige Tage später begannen die Behörden mit einer Politik der »Sanierung« mit dem Bulldozer der größten uigurischen Stadt im äußersten Westen Xinjiangs / Ostturkestans. Geplant ist während der kommenden fünf Jahre die Umsiedlung von 50.000 Haushalten, das heißt rund 200.000 Menschen in so genannte erdbebensichere neue Wohnungen und Häuser ([www.kashi.gov.cn](http://www.kashi.gov.cn), 27.3.2009). Rund 85 Prozent der 2000 Jahre alten Altstadt soll im Rahmen des umstrittenen Städtebauprojektes niedergerissen werden. Rund 448 Millionen US-Dollar soll die Neuansiedlung der Bewohner laut Auskunft der Behörden kosten (*The Times*, 18.6.2009).

Die meisten Han-Chinesen verstehen die im Ausland immer lauter werdende Kritik an der Zerstörung der Altstadt Kashgars nicht. Sie sehen es als Pflicht ihrer Regierung an, für ihre Bürger zu sorgen und die Zahl von Opfern bei künftigen Naturkatastrophen gering zu halten. Im Übrigen werde, so ihre Argumentation, ein Teil der Altstadt doch für ein Tourismusprojekt erhalten, weshalb die Kritik des Auslands unangemessen sei. Diese Reaktion macht deutlich, wie tief die Gräben zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen in dem Vielvölkerstaat inzwischen sind und wie wenig Verständnis die Mehrheitsbevölkerung der Han-Chinesen für Belange der anderen Nationalitäten aufbringt.

Wer sein Haus, das abgerissen werden soll, bis zum 6. Juni 2009 entscheidet, freiwillig aufgibt, soll 21 Euro pro Quadratmeter als Entschädigung erhalten. Wer bis zum 18. Juni 2009 sein Grundstück für immer verlässt, bekommt nur noch 10,50 Euro pro Quadratmeter. Wer noch länger bleibt, erhält keine Entschädigung.



Nur 15 Prozent des Altstadt-kerns sollen von der Zerstörung verschont werden und als eine Art Freilichtmuseum erhalten werden. Damit wollen die Behörden wohl auch der Tatsache Rechnung tragen, dass Kashgar mit seiner Altstadt bislang ein bedeutender Anziehungspunkt für alljährlich 1,5 Millionen ausländische und chinesische Touristen ist. Sie bescherten der Stadt und ihren Bewohnern bis dato jedes Jahr Einnahmen in Höhe von rund 65 Millionen Euro ([www.uhrp.org](http://www.uhrp.org), Henryk



Szadziewski, 4.3.2009). Im Jahr 2004 wurde die Stadt als eine der bedeutenden Touristen-Städte der Volksrepublik ausgezeichnet. Die Zerstörung eines Großteils der Altstadt wird voraussichtlich auch einen Rückgang der Besucherzahlen zur Folge haben und somit auch tausende Menschen betreffen, die vom Tourismus direkt oder indirekt leben. Denn das geplante Freilichtmuseum wird den Charakter der bislang aus hunderten von nur ein oder zwei Stockwerke hohen Lehmhäusern bestehenden Altstadt nicht bewahren können, da sich das gesamte Stadtbild durch die Errichtung hoher Wohn- und Geschäftshäuser auf den nun frei werdenden Flächen massiv verändern wird. Auch die historische, kulturelle und soziale Bedeutung dieser Altstadt wird im Rahmen der von den Behörden geplanten »Sanierung« nicht bewahrt werden können.

Begründet wird das Projekt mit der unzureichenden Lebensqualität in den Altbauten, mit dem Mangel an Löschwasser im Falle eines Feuers sowie mit der Gefährdung der Stadt durch Erdbeben. Der »Wiederaufbau« der Stadt habe für die Behörden große Priorität nach dem katastrophalen Erdbeben vom Mai 2008 in der Provinz Sichuan, bei dem 90.000 Menschen getötet wurden, heißt es in einer offiziellen Erklärung ([www.kashi.gov.cn](http://www.kashi.gov.cn), 13.8.2008). Die alten Lehmhäuser könnten Erdbeben nicht standhalten und würden im Falle heftiger Erdstöße regelrecht zerbröseln, warnen die Behörden. Durchschnittlich fünf- bis sechsmal werden alljährlich in Ostturkestan starke Erdbeben registriert, die jedoch meistens vergleichsweise geringe Personenschäden verursachen.

#### 4. Fragwürdige Rechtfertigung der Behörden

Viele Bewohner der Altstadt sind von dieser Begründung durch die Behörden für den Abriss nicht überzeugt. »Im Jahr 2004 gab es ein Erdbeben, doch keines der Häuser in der Altstadt brach zusammen«, berichtet ein Geschäftsmann. »Die Menschen in der Altstadt glauben, dass ihre Häuser stabiler gebaut sind als die modernen Gebäude. Sie haben Jahrhunderte überlebt« (*The National*, 3.5.2009). Ein älterer Mann zeigt sich zuversichtlich: »Diese Häuser haben 2000 Jahre lang Erdbeben standgehalten« (*The Times*, 18.6.2009). Sie seien nicht nur aus Lehm gebaut, sondern bei ihrem Bau werde auch Holz verwandt, um eventuelle Schockwellen abzufedern. Argwöhnisch zeigt der alte Mann dabei auf benachbarte neue Gebäude, die aus Backsteinen und Zement gebaut wurden. Offiziell gelten diese Häuser als erdbebensicher, doch in der Realität ist die Verarbeitung oft so mangelhaft, dass die Häuser einem Erdbeben nicht standhalten könnten. Daher werden immer wieder auch moderne Verwaltungsgebäude und Krankenhäuser bei Erdstößen in Xinjiang zerstört. So brachen bei einem Beben in den Distrikten Bachu und Jiashi im Westen der Provinz im Februar 2003 auch ein einstöckiges Krankenhaus und eine Schule in sich zusammen (*China Daily*, 25.2.2003). Grund für die Baumängel sind häufig Korruption und Misswirtschaft. Auch bei der Naturkatastrophe in Sichuan wären nicht so viele Menschen gestorben, wenn viele Häuser nicht aufgrund von Baumängeln in sich zusammengebrochen wären. Als besonders Einsturz- gefährdet gelten oft schwere Dachkonstruktionen in neuen oder sanierten Gebäuden, die nicht flexibel auf die Schockwellen reagieren können und bei ihrem Einsturz alle Bewohner unter sich begraben.

Aus Lehm und Holz gebaute Häuser können sicher nicht pauschal als unzureichend und einsturzgefährdet bezeichnet werden. Weltweit leben mehr als drei Milliarden Menschen auf sechs Kontinenten in Lehmhäusern. Lehm ist auch kein schnell vergängliches Baumaterial, wie gelegentlich behauptet wird. So wurden erst jüngst 11.000 Jahre alte Wandmaterialien von Archäologen in Häusern im Norden Syriens entdeckt, die zum Teil aus Lehm gebaut worden sind. Auch in Jericho wurden 8300 Jahre vor Christi Geburt bereits Häuser aus Lehm errichtet.

Der Geographieprofessor Wu Dianting der Pekinger Universität (*Beijing Normal University*), der sich als Raumplaner intensiv mit der Struktur der Stadt Kashgar beschäftigt hat, betont die Vorzüge der Bauweise aus Lehm und anderen natürlichen Bestandteilen. So sei der Baustil der umliegenden Wüstenregion angepasst, da der Lehm die Gebäude im Sommer kühl und im Winter warm halte. Es gebe weltweit nur noch wenige Städte, die über einen ähnlich großen Bestand an Lehmhäusern verfügten. Er appellierte daher an die Behörden, ihre Entscheidung zu überdenken. »Die Zerstörung der Stadt wäre unheimlich schade«, erklärt der Professor (*The Times*, 18.6.2009). »Die Altstadt muss als Ganzes erhalten bleiben«, fordert Wu (*The Irish Times*, 8.6.2009). Es sei nicht notwendig, den ganzen alten Stadtkern niederzureißen, um der Sicherheitsstandards gerecht zu werden. Viele der Häuser könnten saniert werden.

»Wenn die Bewohner wegziehen müssen, wird die Stadt ihre Seele verlieren«, fürchtet der Gründer der Nichtregierungsorganisation *Pekinger Zentrum zum Schutz des Kulturerbes* (*Beijing Cultural Heritage Protection Center*), He Shuzhong. Zwar sei es wichtig, die Menschen gegen Erdbeben zu schützen, eine vollkommene Zerstörung der Altstadt sei jedoch nicht notwendig. »Die Regierung könnte die gefährdeten Häuser in Stand setzen«, erklärt He Shuzhong. Bei der Sanierung müssten aber seit alters her überlieferte alte Baumaterialien und Handwerkstechniken eingesetzt werden. Außerdem müsse der ursprüngliche Zustand der Bauwerke wiederhergestellt werden (*The Irish Times*, 8.6.2009). Auch der Geschäftsführer der Nichtregierungsorganisation, Wu Lili, kritisiert massiv das Umsiedlungsprojekt: »Aus einer kulturellen und historischen Perspektive ist ihr Plan töricht...Aus der Sichtweise der lokalen Bevölkerung ist er grausam« (*The New York Times*, 28.5.2009).

Vor den katastrophalen sozialen und kulturellen Folgen des Umsiedlungsvorhabens warnt der Geschäftsführer des in Washington D.C., USA ansässigen »Uigurischen Menschenrechtsprojekts« (*Uyghur Human Rights Project*), Henryk Szadziwski, der mehrere Jahre lang in Ostturkestan gelebt hat. »Die Zerstörung der Altstadt Kashgars wäre eine Katastrophe für die Bewahrung der uigurischen Traditionen«, warnt der Menschenrechtler. »Viele Bewohner Kashgars haben ihre Werkstätten und Betriebe in unmittelbarer Nähe ihrer Häuser. Wenn sie nun aus der Altstadt in neue Siedlungsgebiete gebracht werden, die rund acht Kilometer entfernt sind, dann wird dies auch ihre Lebensweise beeinträchtigen«, warnt der Menschenrechtler (*Deutsche Welle*, 27.5.2009).

Mit ihrer Sanierung mit dem Bulldozer zur Linderung der Folgen von Erdbeben ignorieren die Behörden auch Artikel 10 und 14 der »Charta für die Bewahrung historischer Städte und städtischer Gebiete«. Die Charta wurde von der Nichtregierungsorganisation *Internationaler Rat für Denkmäler und Stätten* (*International Council on Monuments and Sites, ICOMOS*), erstellt, mit dem China ansonsten bei der Bewerbung um die Anerkennung der Seidenstrasse als Weltkulturerbe eng zusammenarbeitet. So können durchaus Schutzmaßnahmen gegen Naturkatastrophen ergriffen werden. Sie sollten aber dem »spezifischen Charakter der betroffenen Stätten angepasst sein«, heißt es in den Empfehlungen.

Was die Zerstörung alter Bausubstanz angeht, so lehnen die Behörden jede Verantwortung ab. Sechzig Prozent der Häuser der Altstadt seien in den 50er- und 60er Jahren aus Lehm und Holz erbaut und würden nicht den heutigen Wohnstandards entsprechen, behaupten die Behörden heute (*www.yaxin.com*, 8.6.2009). Dies las sich noch vor zwei Jahren anders. So erklärte die Provinzregierung Xinjiangs im August 2007 noch auf ihrer offiziellen Homepage, die meisten Wohnhäuser seien bis zu 80 Jahre alt, nicht wenige sogar mehr als 400 Jahre alt (*www.kashi.gov.cn*, 27.2.2007).

## 5. Immer mehr Häuser werden niedergerissen

Bereits unmittelbar nach der Ankündigung der »Sanierung« Ende Februar 2009 begannen Planierarbeiten mit der Zerstörung einzelner Häuser. Mindestens 49.000 der 65.000 Häuser in der Altstadt sollen zerstört werden (*Deutsche Welle*, 27.5.2009). Bis Mitte Juni 2009 wurden nach Schätzungen von Augenzeugen schon fünf Prozent der alten Bausubstanz niedergerissen.

Drei der sieben Stadtviertel der Altstadt seien Erdbeben gefährdet, erklärt der stellvertretende Bürgermeister Kashgars, Xu Jianrong (*The New York Times*, 28.5.2009). Dort müssten die alten Häuser niedergerissen und durch neue erdbebensichere Wohnblocks ersetzt werden. Weitere 2000 Häuser sollen nach Auskunft von Xu abgerissen werden, um Platz für Plätze und Schulen zu schaffen. »Bedeutsame Gebäude und Bezirke der Altstadt wurden bereits in die Liste der zu schützenden Denkmäler des Landes aufgenommen« und würden nicht angetastet, sagt der stellvertretende Bürgermeister vage. Kein Archäologe verfolge die Abrissarbeiten, da die Regierung schon alles über das alte Kashgar wisse.

Vollkommen zerstört wurden seit Ende Juni 2009 bereits die drei Stadtviertel Dorga Bek Kölbishi, Sipil Tüwi und Yumlak Shahar Kölbishi sowie die Straße Besh Irik, berichten Augenzeugen. Teilweise zerstört wurden die beiden Straßen Elgekqi und Orang Kay sowie der Markt Orda Aldi. Aus der Altstadt sollen seit Beginn der »Sanierung« bis Mitte Juni 2009 bereits 900 Familien umgesiedelt worden sein.

Mitte Juni 2009 wurden die Arbeiten während des Besuchs einer Regierungsdelegation für drei Tage ausgesetzt, doch am 19. Juni 2009 nahmen die Bulldozer erneut ihr Zerstörungswerk auf.

Die Behörden halten sich mit ihren Informationen an Betroffene so sehr zurück, dass inzwischen auch über vermeintliche Immobiliengeschäfte im Zusammenhang mit der »Sanierung« spekuliert wird. So gibt es Gerüchte, die lokalen Behörden hätten einer Gruppe von Han-Chinesen aus Wenzhou die Kontrolle über die Vermarktung des Bezirks um die Id-ha Moschee übertragen. Andere Gerüchte besagen, der Platz Appaq Khoja Mazar sei einem Unternehmen Jinkun von Han-Chinesen zur Vermarktung angeboten worden. Der Platz hat eine große religiöse Bedeutung für die muslimischen Uiguren. Der Wahrheitsgehalt solcher Spekulationen kann zurzeit angesichts der sehr restriktiven Informationspolitik der chinesischen Behörden nicht überprüft werden. Doch die Gerüchte zeigen, wie gering das Vertrauen der Bewohner Kashgars in ihre eigene lokale Verwaltung ist (*www.uhrp.org*, Henryk Szadziwski, 4.3.2009).

## 6. Kashgars Doppelcharakter

Kashgar ist die am westlichsten gelegene Großstadt der Volksrepublik China. Sie zählt heute offiziell 355.000 Einwohner. Rechnet man jedoch alle Soldaten, chinesische Verwaltungsmitarbeiter und Wanderarbeiter hinzu, dürften in der Stadt rund 500.000 Menschen leben. Im Jahr 2001 waren noch rund 90 Prozent der Bewohner Uiguren. Nach der Einweihung der neuen Eisenbahnlinie zwischen der 1500 Kilometer weiter östlich gelegenen Provinzhauptstadt Urumqi und Kashgar hat die Zahl von Han-Chinesen, die sich in der Stadt niederlassen, deutlich zugenommen. Rund 5000 Wanderarbeiter sollen seither wöchentlich in der Region Kashgar eintreffen (*The Destruction of Kashgar*, Ruth Ingram, 17.12.2003, *Central Asia-Caucasus Institute Analyst*, *www.cacianalyst.org*). Im Dezember 2008 wurde mit dem Bau einer neuen Eisenbahnverbindung von Kashgar nach Hotan begonnen (*Tianshannet*, 31.5.2009). Nach jedem Bau neuer Eisenbahnlinien nimmt in Xinjiang/Ostturkestan und Tibet die Zahl von Angehörigen der

Bevölkerungsmehrheit der Han-Chinesen zu, die sich entlang der Bahnstrecke niederlassen, um ein Geschäft zu eröffnen oder sonst Arbeit zu finden.

Urumqi ist aufgrund der einfacheren Verkehrsanbindung mit Eisenbahn und Flugzeug zum Anziehungspunkt für zehntausende Han-Chinesen geworden. Innerhalb weniger Jahre sank der Anteil der uigurischen Bevölkerung in der Provinzhauptstadt von 60 auf heute nur noch 30 Prozent. Eine vergleichbare Entwicklung wurde seit dem Jahr 2000 auch in der alten tibetischen Hauptstadt Lhasa beobachtet, in der sich der Anteil der Tibeter an der Gesamtbevölkerung dramatisch verringerte. Die Folge war eine deutliche Verschlechterung der Beziehungen zwischen Tibetern und zugewanderten Han-Chinesen. Diese Spannungen entluden sich bei zum Teil auch gewalttätigen Demonstrationen von Tibetern gegen die chinesische Herrschaft im März/April 2008. Auch in Kashgar könnten sich die Beziehungen zwischen den Bevölkerungsgruppen weiter verschlechtern, sollten die Behörden in den neuen in der Altstadt entstehenden Wohnblocks Han-Chinesen ansiedeln.

Schon immer war die Stadt zweigeteilt in chinesische und uigurische Stadtviertel (*China's Muslims, Michael Dillon, Oxford 1996, S. 30*). Vor 1949 wurde das chinesische Viertel als Hancheng (Chinatown) bezeichnet. Dort gab es konfuzianische und buddhistische Tempel. Heute unterscheiden sich diese Gebiete Kashgars kaum von anderen chinesischen Großstädten. Hochhäuser, breite Strassen und moderne Geschäfts- und Wohnhäuser prägen diese Neustadt, die sich deutlich vom alten Stadtkern abhebt



Ihren speziellen muslimischen und uigurischen Charakter behalten hat hingegen noch die Altstadt. Sie wirkt mit ihren tausenden Lehmbauten so einzigartig, dass sie auch die Kulisse für den im Jahr 2007 veröffentlichten Kinofilm *Drachenläufer* bildete, der von Freundschaft und Zivilcourage im afghanischen Kabul erzählt. Die Altstadt ist erstaunlich gut erhalten und wirkt als Einheit. In ihr konzentrieren sich Handwerkszünfte jeweils in einer oder mehreren Gassen. Mal sind es

Schlosser, mal Schmiede mit großen Schrotthaufen vor ihren Türen, aus denen sie Messer produzieren. Schuster, Drechsler, Holzschnitzer und Instrumentenbauer: Alle haben ihre Werkstätten in speziellen Vierteln der Altstadt.

## 7. Zerstörung auf Raten

Der Bau neuer Schnellstraßen und Hochhäuser hat das Stadtbild Kashgars in den letzten Jahren nachhaltig verändert. Bereits vor Jahren wurde der 7,50 Meter breite und 10,50 Meter hohe Wall um die Stadt niedergerissen. In den 80er-Jahren wurde eine Ringstraße um die Stadt angelegt und eine breite Hauptstraße gebaut, die bis in die Altstadt führt. Im Jahr 2001 kündigten die Behörden an, 87,8 Millionen US-Dollar für einen besseren Schutz der historisch bedeutsamen Kulturdenkmäler zur Verfügung zu stellen. Zudem sollten gezielt Häuser verstärkt und erdbeben-

sicher hergerichtet werden. Inzwischen heißt das Leitmotiv der Behörden, neue Häuser mit so genannter »ethnischer Dekoration« zu bauen. Mit traditioneller islamischer Baukunst hat dies aber nichts mehr gemein. Dabei hatte sich die Stadt regelmäßig über die Jahrhunderte erneuert. Immer wieder wurden an den alten Gebäuden größere und kleinere Reparaturen vorgenommen, die Bauwerke erweitert oder der Lehm erneuert. Die Lehm-Bauwerke unterscheiden sich tiefgreifend von in Stein gehaltenen Bauten. Steinhäuser müssen nicht regelmäßig neu verputzt werden. So hat es über die Jahrhunderte viele Veränderungen in der Altstadt Kashgars gegeben, doch das geschlossene Stadtbild einer weitgehend einheitlichen Lehm-Bau-Architektur blieb immer unangetastet. Es sind nicht einzelne historische Gebäude, sondern dieses Gesamtbild einer pulsierenden Altstadt mit unzähligen Wohn- und Geschäftshäusern, die in ihrem Aussehen aufeinander abgestimmt sind, das Kashgar zu der am besten erhaltenen traditionellen muslimischen Stadt in Zentralasien macht.

Auch der weltberühmte Viehmarkt, der Jahrhunderte lang untrennbar mit dem Basar im Zentrum der Altstadt verbunden war, wurde auf Anordnung der Behörden aus dem Stadtzentrum verlegt. Dort werden Schafe, Kamele, Pferde, Esel, Yaks, Kühe und Ziegen gehandelt. Der traditionelle Basar, der jedem orientalischen Markt ähnelt, musste auf Beschluss der Behörden im Jahr 2003 in eine neu errichtete große Markthalle ziehen, in der jeder Händler seine Waren an einem identisch geschnittenen Verkaufsstand anbieten muss.

Trotzdem behielt die Altstadt ihr einheitliches Bild als verwinkeltes Mosaik von zumeist Lehmhäusern und anderen traditionellen Bauten weitgehend. Aus 40 Moscheen wird ohne Lautsprecher zum Gebet gerufen.

Im Jahr 2003 ordneten die Behörden allerdings die Zerstörung zahlreicher Häuser in unmittelbarer Umgebung der auch über die Landesgrenzen hinaus bekannten *Id-ha Moschee* an. Viele kleine Restaurants und Teehäuser wurden so zerstört, in denen zuvor die Menschen nach dem Gebet eingekehrt waren (*www.forum18.org, Xinjiang: Strict control of China's Uigur Muslims continues, 15.8.2006*). Hunderte Häuser wurden niedergerissen (*The Star, 30.5.2004*). Schon damals warnten Reiseveranstalter, die Zerstörung ganzer Stadtviertel könne negative Folgen für den Tourismus haben.

An ihrer Stelle wurden neue Gebäude errichtet, bei deren Bau der traditionelle Baustil nicht berücksichtigt wurde. Viele Uiguren beklagten, dass das Viertel dadurch seinen Charakter verloren habe. Uigurische Händler kritisieren, dass die dort eingezogenen staatlichen Unternehmen überhöhte Mieten zahlen müssten (*Telegraph, 16.7.2005*). Ein großer Wohnkomplex war zwei Jahre nach seinem Bau noch immer weitgehend unvermietet und leer, da die Uiguren nicht darin wohnen wollten.

Ähnliche »Stadtsanierungen« wurden auch in der Stadt Hotan vorgenommen. In der Provinzhauptstadt Urumqi wurden traditionelle Stadtviertel bereits Mitte der 90er-Jahre abgerissen. Der an der *Indiana University* in den USA lehrende Xinjiang-Experte Gardner Bovington sieht Gemeinsamkeiten zwischen der Zerstörung Kashgars und Urumqis. In beiden Fällen gehe es darum, uigurische Stadtviertel unter die Kontrolle der Behörden und der Polizei zu bringen, um die Kontrolle durch China zu verstärken (*Deutsche Welle, 27.5.2009*). In Urumqi wurde sogar die alte Moschee niedergerissen und im Rahmen eines Einkaufszentrums neu gebaut. Heute ist sie zwischen einer Filiale von Kentucky Fried Chicken und einem großen Carrefour-Supermarkt gelegen. »Das ist unangemessen«, erklärt ein Uigure. »Wir kommen hierher, um zu beten, aber manchmal können wir unsere eigenen Gebete wegen der Musik aus dem Einkaufszentrum nicht hören«, kritisiert der Gläubige (*BBC, 29.11.2005*).

## 8. Unverständnis und Ohnmacht bei den Bewohnern



Bislang gibt es keine Berichte über öffentliche Proteste der Bevölkerung in Kashgar. Doch dies verwundert nicht angesichts des massiven Sicherheitsaufgebots in der Stadt und der Androhung immer neuer Repression. Trotz aller Angst vor Verfolgung äußern viele Bürgerinnen und Bürger der Stadt gegenüber Journalisten ihr Unverständnis und ihre Verbitterung über das Verhalten der lokalen Behörden.

»Diese Stadt ist die Heimatstadt meiner Eltern, meiner Großeltern und meiner Urgroßeltern«, bedauert traurig ein Händler den Abriss der Altstadt, während sich um seinen Laden Schutberge zerstörter Häuser auf türmen (*The Irish Times*, 8.6.2009). »Uns wurde gesagt, dass unser Laden entweder diesen oder nächsten Monat niedergerissen wird«, sagt ein anderer Geschäftsmann. »Es ist eine Katastrophe, selbst wenn wir eine Entschädigung bekommen«, erklärt der Mann, der während seiner Worte verängstigt nach rechts und links blickt, weil er fürchtet, von Sicherheitsbeamten beobachtet zu werden.

»Meine Familie hat das Haus vor 500 Jahren gebaut«, berichtet ein 56 Jahre alter Mann. »Es ist aus Lehm gebaut. Über die Jahre ist es immer wieder verbessert worden, aber die Raumaufteilung wurde nicht verändert« (*The New York Times*, 28.5.2009). »Das Haus gehört uns«, sagt seine Frau. »In einem solchen Haus können viele Generationen nacheinander leben. Aber wenn wir in eine Wohnung ziehen, dann wird alle 50 bis 70 Jahre das Haus wieder niedergerissen werden...Das ist das größte Problem in unserem Leben. Wie können unsere Kinder eine Wohnung erben?«

»Sie wollen, dass wir so leben wie (Han-)Chinesen, aber wir können das nicht akzeptieren«, sagt eine ältere Frau. »Wenn wir in Wohnungen leben, die von der Regierung gebaut sind, werden wir keine Gärten und kein Sonnenlicht mehr haben. Das ist unser Land. Wir haben es nicht von der Regierung gekauft« (*Washington Post*, 24.3.2009).

»Sie teilen uns nichts mit«, beklagt sich ein älterer Geschäftsmann. »Wir verstehen nicht, warum sie das tun. Egal, ich glaube ihnen so oder so nichts mehr« (*The Times*, 18.6.2009). Die meisten Bewohner der Altstadt sind zu verängstigt, um sich öffentlich zu äußern. »Die Polizei ist hier. Wir müssen vorsichtig sein«, warnt eine Bürgerin. »Die meisten Menschen sind nicht einver-

standen«, sagt ein älterer Geschäftsmann. »Aber sie sind arm. Sie müssen fortgehen« (*The Times*, 18.6.2009).

»Das Geld ist für die Menschen nicht so wichtig«, erklärt ein Geschäftsmann in einem Café zu den angekündigten Schadensersatzzahlungen der Behörden. »Für sie ist wichtig, dass sie hier geboren und aufgewachsen sind. In einem Wohnblock gibt es kein Gemeinschaftsgefühl; niemand hat Kontakt miteinander. Die Türen in der Altstadt sind immer geöffnet und jeder kennt jeden. Ich möchte nicht hier weggehen« (*The National*, 3.5.2009).

»Es macht jedem Kopfzerbrechen«, resigniert ein 70jähriger Mann. »Es gibt Nichts, was wir tun können, Nichts, was wir tun können«. Seine Familie lebt seit drei Generationen in der Altstadt Kashgars (*The National*, 3.5.2009).

»Wenn die Regierung mir Geld gibt, werde ich gehen«, sagt ein 60jähriger Mann. »Alle sind unglücklich darüber, aber Regierung ist Regierung. Wir können nichts tun« (*Washington Post*, 24.3.2009).

Einer der Umgesiedelten findet sich mit seiner Wohnsituation in einem neuen Wohnblock ab: »Was können wir tun? Wir haben keine Wahl.«

Viele Betroffene beklagen sich, dass der Schadensersatz zu gering ist und nicht die tatsächlich entstehenden langfristigen Kosten einer Umsiedlung deckt.

Uiguren in Kashgar erklären deutlich, dass sie zu keinem Zeitpunkt angemessen in die Planung des Umsiedlungsprojektes einbezogen worden sein. Es gab keine öffentlich nachvollziehbaren und transparenten Planungen der Behörden. Die meisten Bewohner der Altstadt wurden von den Plänen und ihrer sofortigen Umsetzung vollkommen überrascht. Wieder einmal schaffen die chinesischen Behörden unter Verletzung ihrer eigenen nationalen Gesetze Fakten. Angesichts der massiven Verfolgung von uigurischen Menschenrechtlern bleibt der Bevölkerung nur die Möglichkeit, sich ohnmächtig in ihr vermeintliches Schicksal einzufügen. Denn Sicherheitsbehörden haben keinen Zweifel daran gelassen, dass sie jeden friedlichen Widerstand von Uiguren mit aller Macht zu brechen versuchen und als »Terrorismus« diskreditieren.

## 9. Uigurische Organisationen protestieren

Zwar können in Ostturkestan Uiguren aufgrund der Sicherheitslage und der Verfolgung nicht öffentlich Kritik an dem Projekt äußern oder Widerstand gegen die Zwangsumsiedlung leisten. Doch zahlreiche führende uigurische Persönlichkeiten und Exil-Organisationen haben massive Kritik an der Zerstörung der Altstadt Kashgars geäußert.

»Die Zerstörung der Altstadt Kashgars ist ein Schlag gegen die uigurische Identität und ein Versuch, Uiguren zu assimilieren«, kritisiert die Vorsitzende des *Weltkongresses der Uiguren*, Rebiya Kadeer. Der *Weltkongress der Uiguren* ist ein Dachverband von uigurischen Organisationen in aller Welt (*Agence France Press*, 25.3.2009). »Die Uiguren sehen Kashgar als die Wiege der uigurischen Zivilisation an«, sagt Kadeer. »Die Altstadt von Kashgar repräsentiert tausende Jahre uigurischer Zivilisation. Wenn Kashgar zerstört wird, wird die chinesische Regierung alle Städte Ostturkestans in Städte verwandeln, die den chinesischen Städten an der Ostküste ähneln. Wenn Kashgar einmal zerstört ist, wird der einzigartige uigurische und zentralasiatische Charakter von Ostturkestan Geschichte sein. Was sollen die Umgesiedelten machen, von was

sollen sie an ihren neuen Wohnorten leben? Ihr Wohnort und ihr Arbeitsplatz sind eng mit der Altstadt Kashgars verwoben« (*The National*, 3.5.2009).

Die *Amerikanische Uigurische Vereinigung (Uyghur American Association)* weist darauf hin, dass Chinas Behörden bereits zahlreiche alte Stadtkerne in Ostturkestan niedergezogen haben: »Die Stadt Kashgar ist eine der letzten religiösen und kulturellen Zentren der Uiguren, die noch verbleiben. Die chinesische Regierung baut an der Stelle der zerstörten Gebäude Wohnblocks, in deren Wohnungen sie Han-Chinesen ansiedeln wird....Eine Reihe von uigurischen Gemeinschaften in Ostturkestan sind zerstört worden, seit die Chinesische Kommunistische Partei im Jahr 1949 die Verwaltung übernommen hat. Die meisten dieser Zerstörungen gingen auf Massenkampagnen zurück, wie die Kulturrevolution (1966-1976), die gezielt historische Aspekte der uigurischen Kultur zerstörte. Vor allem vernichtete die chinesische Regierung alle uigurischen kulturellen Zentren im Norden Ostturkestans. Zuerst wurde die uigurische Bevölkerung umgesiedelt, dann wurden ihre traditionellen Häuser zerstört und schließlich wurden sie in Wohnblocks gepfercht, umgeben von Han-Chinesen als Nachbarn und isoliert« (*Uyghur American Association, Press Release*, 24.3.2009).

## 10. China verschärft Verfolgung in Kashgar

Kashgar gilt den chinesischen Sicherheitsbehörden als Zentrum des uigurischen Protests und Widerstands gegen die chinesische Regierungspolitik in Xinjiang / Ostturkestan. Aufgrund seiner historischen Bedeutung und des noch immer sehr hohen uigurischen Bevölkerungsanteils nimmt Kashgar in den Augen der chinesischen Sicherheitskräfte eine Sonderstellung unter allen Großstädten Ostturkestans ein. So forderte der Parteisekretär der Kommunistischen Partei in Xinjiang, Wang Lequan, bei einem Besuch in der Stadt im April 2009 zu verstärkten Bemühungen im Kampf gegen Separatismus und Terrorismus auf. Kashgar liege in der ersten Frontlinie des Kampfes gegen den Separatismus. Harte Maßnahmen müssten ergriffen werden, und die drei »teuflischen Kräfte« (Terrorismus, Extremismus und Separatismus) wirksam zu bekämpfen. Zuvor hatte der Direktor des Sicherheitsbüros Xinjiangs, Liu Yaohua, bereits im März 2009 verlangt, dass die Sicherheitsbüros aktiver gegen die »Kräfte der Disharmonie« vorgehen müssten, um die soziale Stabilität und Einheit zu bewahren.

Am 3. Juni 2009 erklärten die Sicherheitsbehörden, sie hätten in den ersten vier Monaten des Jahres 2009 »sieben terroristische Gruppen« in der Stadt ausgehoben. Weitere Details der Verhaftungen wurden nicht mitgeteilt. Der Parteisekretär der Kommunistischen Partei in Kashgar, Zhang Jian, warnte jedoch, Extremisten aus den Nachbarländern würden versuchen, über das Internet Unterstützer anzuwerben (*Associated Press*, 2.6.2009 / *Reuters*, 3.6.2009). So wird wieder einmal das Ausland für die hausgemachten Probleme der chinesischen Behörden in Ostturkestan verantwortlich gemacht. Systematisch bemüht sich Peking seit den terroristischen Anschlägen des 11. September 2001, seine Politik der Unterdrückung und Verfolgung uigurischer Aktivisten und Menschenrechtler in Xinjiang als seinen Beitrag zum weltweiten Kampf gegen den Terrorismus darzustellen. Uigurische Bürgerrechtler wiesen den Vorwurf zurück, in Kashgar seien »Terrorzellen« von der Polizei aufgelöst worden. Die Verhafteten seien aus politischen Gründen festgenommen worden und hätten keine Terrorakte vorbereitet, erklärte Rebiya Kadeer, die Vorsitzende des *Weltkongresses der Uiguren*.

Auch in der jüngeren Geschichte Ostturkestans galt Kashgar als Symbol der uigurischen Kultur und der Unabhängigkeitsbewegung der Uiguren, die in den 30er-Jahren des 20. Jahrhunderts besonders stark war.



Im Vorfeld der Olympischen Spiele in Peking im August 2008 verstärkten die chinesischen Behörden nochmals ihre Verfolgung. So wurden Ende März 2008 in der Stadt 70 Uiguren aus politischen Gründen festgenommen. Mit den Verhaftungen sollte die Bevölkerung eingeschüchert und von öffentlichen Protesten während des olympischen Fackellaufes und der Olympiade abgehalten werden. Schon Tage bevor der Fackellauf am 18. Juni 2008 Kashgar erreichte, herrschte angespannte Ruhe in der Stadt. Niemand durfte dem Fackellauf beiwohnen, der nicht von seiner Arbeitsstelle dazu abgeordnet war (*Reuters, 17.6.2008*). Die Bevölkerung wurde von den Behörden angewiesen, das Sportereignis am Fernsehen zu Hause zu verfolgen (*International Herald Tribune, 16.6.2008*). Auf Anordnung der Behörden mussten alle Fenster geschlossen bleiben. Balkone hätten während des Laufes nicht betreten werden dürfen, berichteten Augenzeugen. Ausländischen Journalisten wurde verboten, Interviews mit den Zuschauern des Fackellaufes zu führen. Mit Bussen wurden die Medienvertreter von ihrem Hotel zum Startpunkt und zum Ziel des Fackellaufes gefahren, um sicher zu stellen, dass sie keinen Kontakt mit den Zuschauern aufnehmen können.

Am 9. Juli 2008 wurden 15 Uiguren von dem Gericht in Kashgar wegen »separatistischer und terroristischer Aktivitäten« zu Gefängnisstrafen zwischen zehn Jahren und lebenslanger Haft verurteilt. Gegen drei Uiguren wurden Todesurteile verhängt, deren Vollstreckung zwei Jahre ausgesetzt wurde. Zwei weitere Uiguren, Muhetaer Setiwalidi und Abuduwalli Yiming, wurden zum Tode verurteilt. Die Urteile wurden unmittelbar danach vollstreckt (*Radio Free Asia, 11.7.2008*). Bürger des Bezirks waren von den Behörden angewiesen worden, der Vollstreckung der Todesurteile beizuwohnen, durften jedoch keine Kameras und andere Aufzeichnungsgeräte bei sich führen.

Weltweites Aufsehen erregte ein Zwischenfall in Kashgar im Vorfeld der Olympiade. Am 4. August 2008, nur vier Tage vor der offiziellen Eröffnungsfeier der Olympischen Spiele, sollen bei einem Überfall von zwei Uiguren 17 chinesische Bereitschaftspolizisten getötet worden sein. Hinsichtlich der Tatumstände gab es widersprüchliche Informationen der Behörden (*International Herald Tribune, 29.9.2008*), doch schließlich wurden der 28 Jahre alte Taxifahrer Kurbanjan Hemit und der 33 Jahre alte Gemüsehändler Abdurahman Azat im Dezember 2008 zum Tode verurteilt und am 9. April 2009 hingerichtet (*The New York Times, 18.12.2008 / The Wall Street Journal, 9.4.2009*).

Bei Razzien in Kashgar und der Stadt Kucha wurden im Jahr 2008 mehr als 1000 Uiguren festgenommen. Im März/April 2009 wurden weitere 90 Uiguren bei Hausdurchsuchungen in Kashgar verhaftet (*Uyghur Human Rights Project, 6.1.2009 und 8.4.2009*). Weitere 16 Uiguren wurden in der Region in Haft genommen.

Auch ein christlicher Uigure wurde aus politischen Gründen am 12. Januar 2008 verhaftet. Auch anderthalb Jahre später ist Alimujiang Yimiti noch immer in Kashgar in Haft. Angehörige befürchten, dass er bald für drei Jahre in ein Arbeitslager eingewiesen werden könne. Die Fälle dieser politischen Gefangenen dokumentieren, dass Kashgar von den Behörden als Kernzelle des Widerstands gegen die chinesische Herrschaft in Ostturkestan angesehen wird.

## 11. Überwachung und Kontrolle wird verschärft

Um den oft passiven Widerstand der uigurischen Bewohner der Stadt zu brechen, greifen die chinesischen Sicherheitsbehörden zuweilen auf seltsame Methoden zurück. So ordneten sie im Februar 2009 in einer Kleiderordnung für alle Angestellten der Stadt an, dass jeder Beschäftigte gut rasiert sein müsse. Für die meisten Han-Chinesen ist dies kein Problem, doch viele Uiguren

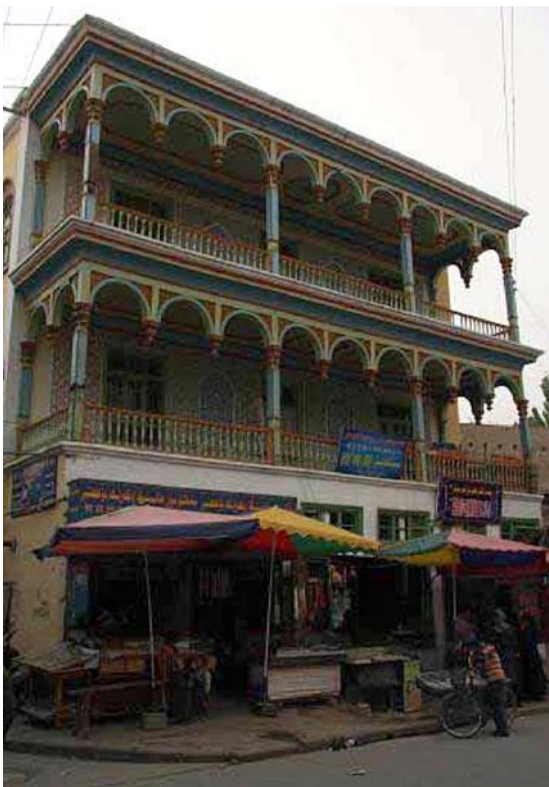
empfangen diese Anordnung als massiven Eingriff in ihre Religionsausübung, ihre Kultur, Traditionen und in ihre Persönlichkeitsrechte. Denn viele Angehörige der Nationalität tragen Bärte.

Um die uigurischen Einwohner der Stadt lückenlos zu kontrollieren und um spontane Proteste im Keim ersticken zu können, setzte die Stadtverwaltung eine spezielle Überwachungseinheit ein. Sie umfasst 1792 Sicherheitskräfte und hat die Stadt 900 000 Euro gekostet (*Xinjiang Peace Net*, 31.3.2009). Die mit neuen Fahrzeugen ausgerüstete Truppe soll helfen, die soziale Stabilität zu wahren und bei »plötzlichen Zwischenfällen« aktiv werden. Wer sich im Bezirk Kashgar freiwillig zu der Miliz meldet, wird von allen weiteren ansonsten unentgeltlich zu leistenden Diensten befreit.

Darüber hinaus wurden 2100 Videokameras überall in der Stadt installiert. So können Straßen, Plätze, Internetcafés, Einkaufszentren und Unterhaltungseinrichtungen wirksam und schnell überwacht werden. Insgesamt wurden 2,7 Millionen Euro aufgewendet. Doch die verwinkelte Altstadt Kashgars lässt sich nicht lückenlos mit Videokameras überwachen. Zu verschlungen und unübersichtlich sind die Wege. Doch die nun von den Behörden geplanten breiteren Straßen und Plätze ermöglichen die perfekte Überwachung jeder Bewegung. In der tibetischen Hauptstadt Lhasa wurde die Methode bereits wirkungsvoll angewandt. Seit der Zerstörung der Altstadt in den 90er-Jahren dauern öffentliche Proteste in Lhasa selten länger als wenige Minuten. Angesichts der ständigen Überwachung gelingt es den Behörden meist, die Demonstranten schon unmittelbar nach dem Entrollen ihrer Spruchbänder festzunehmen.

## 12. Recht auf angemessenes Wohnen wird ignoriert

Chinas Behörden loben sich öffentlich für ihre Fürsorge gegenüber den Bewohnern der Altstadt Kashgars. Man wolle den Menschen nicht nur erdbebensichere Wohnungen verschaffen, sondern auch ihren Lebensstandard erhöhen, betonen Pekings Propagandisten.



Doch Wohnen bedeutet mehr als von vier Wänden umgeben zu sein und ein Dach über dem Kopf zu haben. Es soll Sicherheit und Würde geben und in vielen Kulturen auch die Intimsphäre sichern. Es ist der Lebensmittelpunkt, von dem aus die Menschen ihre sozialen Beziehungen entwickeln und ihre Kreativität sowie ihren Sinn für Gemeinschaft entwickeln. Die Art der Architektur eines Hauses oder einer Wohnung, der Schnitt der Räume, die Anlage von Gärten und Terrassen, all dies ist einzigartig in jeder Gesellschaft und den Bedürfnissen dieser Gruppe von Menschen unmittelbar angepasst. Die Bewohner der Altstadt Kashgars klagen, dass sie in den neuen sechsstöckigen Wohnblocks, in die die Behörden sie umsiedeln wollen, keine Gärten mehr haben und viele ihrer sozialen Kontakte verloren gehen werden.

Statt Tür an Tür mit Nachbarn zu leben, mit denen das Alltagsleben seit alters her geteilt wird, wartet Vereinzelung und Vereinsamung auf sie.

So wird mit der Zerstörung der Häuser auch ihre ganze Gesellschaft massiv gefährdet, da ihr Zusammenhalt als Gruppe nicht mehr zu gewährleisten ist.

Das Recht auf angemessenes Wohnen misst sich nicht nur an der Zahl der im Haus vorhandenen Toiletten sowie des warmen Wassers, sondern auch am Lebensgefühl der Bewohner der Häuser und an ihrer Möglichkeit, als ethnisch und religiös klar definierte Gruppe weiterhin ihren Zusammenhalt und ihre Traditionen pflegen zu können.

### 13. Chinas Schutz des kulturellen Erbes

In der Verfassung der Volksrepublik China ist in Artikel 22 festgeschrieben, dass dem Staat der Schutz der historischen Denkmäler und Orte obliegt. Im Jahr 1982 erließ Chinas Regierung das »Gesetz zum Schutz kultureller Güter«, das im Oktober 2002 überarbeitet und um 47 Artikel auf heute 80 Paragraphen ergänzt wurde. Gemäß dem Gesetz soll dem Schutz der Kulturgüter in der Volksrepublik außerordentliche Bedeutung beigemessen werden. Bei drohender Gefahr sollte zunächst das kulturelle Erbe gerettet werden, heißt es in dem Gesetz. Auch müssten diese Kulturgüter vernünftig genutzt werden und die Verwaltung des kulturellen Erbes müsse verstärkt werden. Das Gesetz sieht auch Beschränkungen für Bauprojekte vor, die kulturelle Stätten beeinträchtigen könnten, unabhängig davon, ob diese Stätten unter dem Schutz der Pekinger Regierung, der Provinzen oder nur eines Distriktes stehen.

Der Chinesische Staatsrat beschloss eine Verordnung zur Umsetzung dieses Gesetzes. Inzwischen wurden 30 Verordnungen erlassen, in der das zuständige Ministerium für Kultur in Peking den Schutz der Kulturgüter weiter verstärkte. Einige dieser Regeln wurden in Zusammenarbeit mit ausländischen Institutionen erarbeitet. So wurden die »Prinzipien für die Bewahrung von Erbe-Stätten in China« gemeinsam mit der ehemaligen *Australischen Erbe Kommission* und dem *Getty Conservation Institute* erstellt ([www.getty.edu](http://www.getty.edu), Los Angeles).

Fast 400.000 nicht bewegliche Kulturgüter sind in China registriert. Doch die einfache Registrierung ist nicht mit einem besonderen Schutz verbunden, sondern bedeutet nur, dass die Behörden über die Lage und die Art des Kulturgutes informiert sind. Die meisten schützenswerten kulturellen Güter Chinas stehen nicht unter gesetzlichem Schutz. Je nach Bedeutung der kulturellen Stätten stehen die Kulturgüter unter dem Schutz des Distriktes, der Provinz oder der nationalen »Staatlichen Verwaltung des Kulturerbes«. Unter staatlichem Schutz der Volksrepublik stehen 2352 Kulturdenkmäler, 9.396 Kulturstätten unterliegen dem Schutz der Provinzen und 58.300 werden von Bezirken und Städten geschützt (*Protection of Cultural Heritage in China, Ministry of Culture, 25.5.2006*). Auch 103 Städte wurden von den Behörden zur »historisch und kulturell bedeutsamen Stadt« erklärt. Die Behörden sind dazu verpflichtet, Personal zum Schutz der Kulturgüter zur Verfügung zu stellen und über die geplanten Schutzmaßnahmen zu informieren.

Gemäß Artikel 14 des »Stadtplanungsgesetzes der Volksrepublik China« von 1989 sollten bei jeder neuen Planungsmaßnahme der »Schutz historischer und kultureller Güter, der traditionelle Stil der Stadt und regionale Besonderheiten...« berücksichtigt werden. Bei jeder Sanierung von geschützten Kulturstätten darf der ursprüngliche Zustand des Kulturdenkmals nicht verändert werden.

Ungeachtet dieser beeindruckend wirkenden Zahlen ist jedoch der tatsächliche Schutz dieser registrierten Kulturgüter äußerst mangelhaft. Auch in China wird die unzureichende Umsetzung der gesetzlichen Bestimmungen und Verordnungen öffentlich kritisiert. Selbst die staatliche Nachrichtenagentur Xinhua berichtet, dass chinesische Experten einen besseren gesetzlichen

Schutz des Weltkulturerbes fordern und den Widerstreit der Interessen zwischen dem Schutz der Kultur und moderner Stadtentwicklung beklagen (*Xinhua*, 17.6.2004). »China hat kein Gesetz zum Schutz historischer Städte und ihr Schutz unterliegt den entsprechenden Gesetzen zur Städteplanung und Kulturgütern, die tatsächlich wenig mit diesen historisch bedeutsamen Städten zu tun haben und vor allem nichts enthalten, um alte Häuser zu schützen«, erklärt Zhang Xinjian, ein Mitarbeiter des chinesischen Kulturministeriums.

Deutliche Kritik an der Zerstörung alter Stadtkerne äußert auch die chinesische Nicht-regierungsorganisation *Beijing Cultural Heritage Center*, die sich für den Schutz der Altstadt der chinesischen Hauptstadt einsetzt. Zwischen der offiziell angekündigten Politik und der Alltagspraxis bestehe eine tiefe Kluft, beklagt die Organisation. Die Gründe dafür seien vielfältig. So bestehe in der Öffentlichkeit kaum ein Bewusstsein für die Bedeutung des Denkmalschutzes, die Mitarbeiter der zuständigen Behörden seien unzureichend ausgebildet, die Umsetzung der gesetzlichen Bestimmungen werde nicht wirksam überwacht und das Justizwesen sei zu mangelhaft, um einen wirksamen Schutz sicherzustellen. Auch wird der Mangel an ausreichenden finanziellen Mitteln für den Schutz der Kulturgüter beklagt (*Protecting China's Cultural Heritage Sites in Times of Rapid Change: Current Developments, Practice and Law*, Stefan Gruber, *Legal Studies Research Paper*, Nr. 8/93, University of Sydney, Sydney Law School, August 2008).

Der Städtebauexperte Zhang Lianggao der Fakultät Wissenschaft und Technologie der Universität Zentralchinas macht auch den Mangel an entsprechenden gesetzlichen Bestimmungen dafür verantwortlich, dass oftmals lokale Behörden historische Stätten als wirtschaftliche Entwicklungszonen ansehen.

Professor C. Stephen Hsu der *China Universität für Politische Wissenschaften und Recht* macht die in vielen Regionen auf unterer Verwaltungsebene verbreitete Korruption für den mangelnden Schutz historischer Stätten mitverantwortlich. Angesichts des Mangels unmissverständlicher gesetzlicher Bestimmungen interpretierten die lokalen Behörden die Sachlage in ihrem Sinne und würden konkreten Stadtentwicklungsprojekten Vorrang vor dem Schutz der Kulturgüter geben.

Selbst der zuständige Kulturminister räumt öffentlich ein, dass es Schwierigkeiten beim umfassenden Schutz des Kulturerbes gibt. Zwar hätten chinesische Museen in den letzten Jahren einen Boom erlebt, aber angesichts der Verstädterung und der voranschreitenden wirtschaftlichen Entwicklung stehe China beim Schutz des Kulturerbes vor einer großen Herausforderung, erklärte Kulturminister Sun Jiazheng (*Xinhua*, 25.5.2006). So beklagte der Minister auch die Zerstörung vieler historischer Städte und einzigartiger Landschaften.

Auch in der staatlichen Zeitung *China Daily* wurde Kritik am mangelhaften Schutz des Kulturerbes laut. Leider habe China mehr Anstrengungen unternommen, um Kulturstätten offiziell zu registrieren, statt sie vor neuen Bauprojekten zu schützen, die ihren Bestand gefährdeten, schreibt die Zeitung (*China Daily*, 13.3.2007). Das Leitmotiv scheine dabei zu sein: »Was gut für den Tourismus und andere Formen wirtschaftlicher Entwicklung ist, ist auch gut für unser Kulturerbe«. Die *Staatliche Verwaltung des Kulturerbes* (*State Administration of Cultural Heritage*, SACH) sei mit der Überwachung der Weltkulturerbe-Stätten beauftragt und habe in dieser Frage auch Weisungsbefugnis gegenüber den lokalen Behörden. Es sei ermutigend, dass diese Behörde nun auch lokale Nichtregierungsorganisationen fortbilde, um sie beim Schutz der Kulturstätten zu unterstützen. Ein wichtiger weiterer Schritt sei nun aber, den staatlichen Schutz für die Weltkulturerbe-Stätten nun auch auf die nur staatlich geschützten Kulturgüter auszuweiten.

## 14. Schutz der Kulturgüter in Xinjiang/Ostturkestan

Das *Amt für Kulturelles Erbe (Bureau of Cultural Heritage)* der Autonomen Uigurischen Region Xinjiang erklärt, dass es mehr als 1000 Kulturdenkmäler in der Region gebe ([www.xjww.com.cn](http://www.xjww.com.cn)). Unter nationalem Schutz stehen gemäß diesen Informationen 58 Kulturstätten, 263 Kulturdenkmäler werden von der Provinz geschützt und 673 kulturelle Stätten von lokalen Distrikten und Städten. 95 Prozent aller Kulturgüter in der Provinz seien inzwischen registriert worden, erklärt das *Amt für Kulturelles Erbe* auf seiner Homepage. Die bedeutendsten national registrierten Kulturgüter der Provinz, 80 Prozent der unter dem Schutz der Provinz stehenden Denkmäler und 50 Prozent der lokal von Distrikten registrierten Stätten würden inzwischen geschützt, tut die Behörde kund. Auch rühmt sich das Amt, dass seit dem Jahr 2004 alljährlich eine »Woche der Kulturgüter« organisiert werde, um das Bewusstsein für den Schutz von Kulturdenkmälern zu erhöhen.

Bislang wurden überwiegend Ausgrabungsstätten, Höhlen und kulturelle Stätten entlang der Chinesischen Mauer zu schützenswerten Kulturgütern in Xinjiang erklärt. Es sind zumeist nicht aktuell bewohnte Objekte. Nichtsdestotrotz wird auch die Stadt Kashgar (chinesisch Kashi) durch die *Staatliche Verwaltung des Kulturerbes* unter den 103 als »historisch und kulturell bedeutsamen Städten Chinas« geführt. Die Auszeichnung wurde der größten Oasen-Stadt im heutigen China mit ihren 162 Moscheen im Jahr 1986 verliehen. Der Entdecker Marco Polo (1254-1324), der als einer der ersten Europäer nach China kam, bezeichnete Kashgar nach seinem Besuch als das »Kairo des Ostens«. »Bevölkerung lebt von Handel und Gewerbe«, hielt Marco Polo in seinen Erinnerungen schon vor 700 Jahren fest. »Viele Händler ziehen von hier in die ganze Welt hinaus«. Andere Reisende beschrieben die quirlige Handelsmetropole als das »Herz Asiens«. Dschingis Khan und der zentralasiatische Eroberer Tamerlan (auch Timur der Lahme genannt) belagerten Kashgar und zerstörten Teile der Stadt. Auch Alexander der Große und der chinesische Kaiser Qianlong kamen nach Kashgar und waren von der Stadt fasziniert.

Der Chinesische Staatsrat hat am 2. April 2008 eine »Verordnung zum Schutz bedeutsamer historischer und kultureller Städte« erlassen, die am 1. Juli 2008 in Kraft trat. Verschiedentlich hatten chinesische Experten zuvor angemahnt, den Schutz historisch wertvoller Städte zu verbessern. Angesichts der Modernisierung des Landes sei das kulturelle Erbe in vielen dieser Städte zerstört worden, kritisierte Liu Baoquan, Direktor eines Forschungsinstitutes, das mit der Ermittlung und Registrierung der Kulturdenkmäler von der Regierung beauftragt wurde (*China Daily*, 15.5.2006). Mindestens 10.000 Städte und 100.000 Dörfer in China schauten auf eine mehr als tausendjährige Geschichte zurück, erklärte der Forscher. Gemäß Artikel 28 der neuen »Verordnung zum Schutz bedeutsamer historischer und kultureller Städte« ist es ausdrücklich verboten, neue Bauprojekte in den historischen alten Stadtkernen zu realisieren.

Ausgenommen von dieser Regelung sind nur Infrastrukturprojekte. Gemäß Artikel 29 müssen die Behörden vor einer endgültigen Entscheidung über das Projekt die Meinung der Bevölkerung einholen. Genau wird auch das Genehmigungsverfahren in der Verordnung beschrieben, um ausnahmsweise doch eine Baugenehmigung zu erhalten. In der Verordnung werden die Stadtverwaltungen aufgefordert, mehr für den Schutz des alten Stadtkerns zu tun und den historischen Stadtaufbau nicht zu beeinträchtigen und in seiner Gänze zu bewahren. Auch dürfe die wirtschaftliche Nutzung und Entwicklung dieser Städte nicht auf Kosten ihres Kulturerbes gehen. Manche der Bestimmungen sind jedoch zweideutig formuliert, so dass sie von den lokalen Behörden in ihrem Sinne gegen einen wirksameren Schutz der Kulturstätten interpretiert werden können. So wird zum Beispiel in Artikel 47 der Verordnung die unter Schutz stehende »historische Architektur« nur sehr ungenau definiert. Darunter seien Stätten zu verstehen, die »zweifelfrei

erhaltenswert« seien und »historische Baustile und regionale Besonderheiten« darstellen. Nicht deutlich ist jedoch geregelt, wer festlegt, ob die Stätten schützenswert sind und worin die ethnischen und lokalen Charakteristika bestehen. So ist dieses Gesetz in seiner Umsetzung wenig hilfreich, da es den lokalen Behörden weiten Spielraum gibt, um den wirksamen Schutz dieser Städte zu hintertreiben.

Die Behörden Chinas missachten mit ihrem Vorgehen in Kashgar aber auch Empfehlungen der UNESCO. So ruft die Weltkulturorganisation in ihren »Empfehlungen zum Schutz und zur gegenwärtigen Rolle von Historischen Stätten« (Recommendation Concerning the Safeguarding and Contemporary Role of Historic Areas) in Artikel 17c dazu auf, die Öffentlichkeit an der Planung des Schutzes von Kulturstätten zu beteiligen.

Die Bedeutung der Beteiligung breiter Kreise der Öffentlichkeit wird auch in Artikel 3 der »Charta für die Erhaltung historischer Städte und städtischer Gebiete« der Nichtregierungsorganisation ICOMOS betont. Der Rettungsplan für bedrohte Stätten müsse von den Bewohnern der betroffenen historischen Areale mitgetragen werden, heißt es in Artikel 5 der Charta.

Die nun drohenden Zwangsumsiedlungen machen auch die Schwächen des erst im Jahr 2007 in Kraft getretenen Eigentumsgesetzes deutlich. Zwar schützt dieses Gesetz Privateigentum und sieht im Falle einer Enteignung eine Entschädigung vor. Doch das Gesetz enthält keine Mechanismen, um sicherzustellen, dass diese Maßnahmen in einem fairen und angemessenen Verfahren ergriffen werden. Auch müssen die Behörden im Falle einer Enteignung nicht nachweisen, worin das öffentliche Interesse an dieser Maßnahme besteht.

So macht der Fall Kashgar auch deutlich, dass die »Verordnung zum Abriss von Häusern in Städten und zur Durchführung von Umsiedlungen« (Urban Housing Demolition and Relocation Management Regulation) wenig Rücksicht auf die Betroffenen nimmt. Das Hauptinteresse der Verordnung gilt nicht einem fairen Interessenausgleich zwischen der Stadt und den betroffenen Mietern oder Hauseigentümern, sondern der Förderung der Stadtentwicklung.

## 15. China und die Weltkulturerbe-Konvention

Die Volksrepublik China unterzeichnete die Weltkulturerbe-Konvention im Jahr 1985. Die am 16. November 1972 in Kraft getretene »Konvention zum Schutz des Kultur- und Natur-Erbes« sieht gemäß ihrer Präambel »jede Verschlechterung oder jedes Verschwinden von Gütern, die zum Kultur- und Naturerbe zählen, als eine schädliche Verarmung des Erbes aller Nationen in der Welt an.« Kulturelles Erbe werde immer häufiger nicht nur durch natürlichen Verfall bedroht, sondern auch durch sich verändernde soziale und wirtschaftliche Bedingungen, heißt es in der Präambel.

Als »kulturelles Erbe« werden gemäß der Konvention Denkmäler, Häuserzeilen und Orte von außergewöhnlichem und weltweitem Wert aufgrund ihrer geschichtlichen, wissenschaftlichen oder künstlerischen Bedeutung angesehen. Wenn diese Kriterien erfüllt sind, kann der Staat, in dem die Stätte gelegen ist, beantragen, dass das Kulturdenkmal in die Welterbe-Liste des Welterbe-Komitees aufgenommen wird. Die Liste umfasst zurzeit 679 Kulturdenkmäler und 174 Naturdenkmäler in 145 Staaten. In der Liste sind bislang 37 Stätten in der Volksrepublik registriert, darunter auch drei Altstädte (Macau, Lijiang, Ping Yao) und zwei Dörfer (Xidi, Hongcun).

Das alleinige Vorschlagsrecht für eine Aufnahme in die Welterbe-Liste hat der Staat, in dem das Kulturdenkmal gelegen ist. Nichtregierungsorganisationen oder andere nichtstaatliche Akteu-

re haben kein Vorschlagsrecht. Auch kann die Registrierung nicht gegen den Willen eines Staates durchgesetzt werden. Die Welterbe-Konvention respektiert die Souveränität der Staaten, so dass es keine Verpflichtung zur Registrierung von kulturell bedeutsamen Stätten gibt. Doch ein solches Verhalten eines Vertragsstaates widerspricht zumindest dem Geist der Welterbe-Konvention.

Die Verpflichtung zum Schutz eines Kulturdenkmals folgt nicht aus ihrer Eintragung in die Welterbe-Liste, sondern aus der Unterzeichnung und Ratifikation der Konvention. So stellte im Jahr 1989 der Richter Dawson in einem Rechtsstreit zwischen Australien und der Provinzregierung von Queensland fest, dass die Verpflichtung zum Schutz kulturellen Stätten nicht aus ihrer Registrierung in der Welterbe-Liste folgt, sondern aus der Verpflichtung des Unterzeichnerstaates der Konvention, kulturhistorisch bedeutsame Stätten zu identifizieren. Wenn eine solche Stätte erst einmal identifiziert sei, dann gehöre sie zum kulturellen Erbe, ganz gleichgültig, ob der Staat sich weigere, sie offiziell in die Welterbe-Liste aufnehmen zu lassen (*siehe Gruber, Anmerkung 64, S. 263*). Ein Unterzeichnerstaat der Konvention hat also auch eine Verpflichtung zum Schutz von Kulturdenkmälern, die zurzeit noch nicht offiziell auf der Welterbe-Liste registriert sind, sondern zum Beispiel zu einem späteren Zeitpunkt zur Registrierung vorgesehen sind. So hat die *Nationale UNESCO-Kommission der Volksrepublik China* zurzeit 59 Kulturdenkmäler auf einer vorläufigen Liste zur eventuellen späteren Registrierung auf der Welterbe-Liste verzeichnet (*siehe Gruber, S. 263*). Selbst wenn die Welterbe-Kommission die Registrierung des Kulturdenkmals ablehnt, steht die Kulturstätte dennoch unter ihrem Schutz, weil der Antrag stellende Staat sie als schützenswert ansieht. Bei Verletzung der Konvention sieht das Vertragswerk allerdings keine Sanktionsmechanismen vor.

## 16. Seidenstraße soll als »Weltkulturerbe« unter Schutz gestellt werden

Die mehr als 2000 Jahre alte Seidenstraße war eine der Haupthandelsrouten zwischen Asien und Europa. Der 7000 Kilometer lange Handelsweg vom östlichen Mittelmeer bis zur alten chinesischen Metropole Chang'an, dem heutigen Xi'an (Provinz Shaanxi), umspannte ein Viertel des Erdballs. Auf ihr wurden nicht nur Seide und Gewürze nach Europa gebracht, sondern auch einzigartige Kulturgüter aus Gold und Glas sowie römische Amphoren zu den Herrschern Ostasiens transportiert. Es war die bedeutsamste und erste Verbindung zwischen Ost und West, auf der ein Austausch der Kulturen stattfand. Menschen unterschiedlicher Kulturen und Konfessionen begegneten sich und gewannen Verständnis füreinander. So hat die Seidenstraße nicht nur eine wirtschaftliche Bedeutung gehabt, sondern auch einen bedeutsamen Beitrag zur Völkerverständigung und zum Kulturaustausch geleistet. Wissenschaftler bezeichnen die Seidenstraße daher auch als die »bedeutsamste Straße der Menschheit« (*The Spiritual Identity of the Silk Roads, Amir H. Zekgrou, in: The Silk Roads – Highways of Culture and Commerce, 2000, S. 126*).

Das 4.000 Kilometer westlich von Peking und 1.500 Kilometer von der Provinzhauptstadt Urumqi entfernt gelegene Kashgar ist hufeisenförmig umgeben von den zentralasiatischen Gebirgen des Pamir im Westen, des Kun Lun im Süden und des Tien Shan im Norden. Sie liegt an einem Schnittpunkt asiatischer Handels- und Reiserouten am westlichen Ende des Tarim-Beckens. Da Reisende die gefürchtete Taklamakan-Wüste lange Zeit nicht durchqueren konnten, verliefen Reiserouten nördlich und südlich der Wüste. Oasenstädte wie Kucha, Hotan, Aksu und Yarkand wurden dort errichtet, wo Schmelzwasser aus den umliegenden Gebirgsmassiven einen bescheidenen Ackerbau ermöglichte. In Kashgar vereinten sich die nördliche und südliche Reiseroute wieder, so dass die Stadt als Karawanenstützpunkt von zentraler Bedeutung für den Handelsverkehr auf der Seidenstraße war.

Viele Wissenschaftler bewerten die kulturelle Bedeutung der Seidenstraße sogar höher als ihren wirtschaftlichen Nutzen. Der Aspekt des wirtschaftlichen Austausches im 20. Jahrhundert stand nicht mehr so sehr im Vordergrund angesichts des oftmals angespannten Verhältnisses zwischen der Volksrepublik China und der Sowjetunion, der den Handel und Austausch über die Staatsgrenzen hinweg erschwerte. Doch der einzigartige kulturelle Charakter dieser zahlreiche Völker und Staaten verbindenden Straße hat sich jedoch weitgehend erhalten. Viele der entlang der Seidenstraße lebenden Völker teilen gemeinsame Sprachen, Musik, Religion, Kleidung, Lebensweise, Traditionen, Kulturgüter, landwirtschaftliche Bewirtschaftungsmethoden und Baustile.

Kulturwissenschaftler heben hervor, dass es beim Schutz der Seidenstraße auch nicht um einzelne Gebäude gehen kann, die vor Zerstörung bewahrt werden, sondern umfassender die gesamte Kultur, das Stadtbild der wichtigsten Zentren, aber auch die Landschaft unter Schutz gestellt werden müssten, um der Bedeutung der Seidenstrasse gerecht zu werden (*UNESCO Mission to the Chinese Silk Road as World Cultural Heritage Route, A systematic Approach towards Identification and Nomination, 21-31 August 2003, Report, S. 15*).

Im Jahr 1987 hatte China mit der Registrierung der Dunhuang Mogao Höhlen (auch Höhlen der 1000 Buddhas genannt) in der im Nordwesten der Volksrepublik gelegenen Provinz Gansu eine erste chinesische Stätte der Seidenstraße als Weltkulturerbe im Rahmen der Welterbe-Konvention registrieren lassen. Im Jahr 1994 musste China jedoch einen Antrag auf Aufnahme der Stadt Jiaohe in der Provinz Xinjiang in die Welterbe-Liste zurückziehen, da er nicht ausreichend vorbereitet war. Weitere sechs kulturelle Stätten der Seidenstrasse wurden bislang in fünf zentralasiatischen Staaten registriert und in die Welterbe-Liste aufgenommen.

Zu Beginn der 90er-Jahre führte die *UNESCO* drei Inspektionsreisen entlang des chinesischen Teils der Seidenstraße durch, um sich über die Erhaltung der dortigen Kulturdenkmäler zu informieren. In den Jahren 2003 und 2004 bereisten zwei Expertenteams der *UNESCO* die Region, um eine umfassende Bestandsaufnahme der Kulturstätten zu machen (*Xinhua, 7.8.2006*). Die Niederlande und Italien unterstützten finanziell die umfassenden Bemühungen der *UNESCO* um einen wirksamen Schutz der Seidenstraße. Die *UNESCO*-Missionen stellten fest, dass es eine beeindruckende Zahl von Kulturdenkmälern auf den 4.450 Kilometern des chinesischen Teils der Seidenstraße auf der so genannten Oasen-Route zwischen Kashgar und Xi'an gibt. Zwar sei die Original-Straße heute nicht mehr existent, aber zahlreiche kulturelle Stätten entlang ihres Weges zeugten von der bedeutenden Vergangenheit. Unter weltweiten Schutz gestellt werden könne die Seidenstraße sowohl aufgrund ihrer Ausdehnung (die Route verlaufe entlang zahlloser Denkmäler, Ausgrabungsstätten, bedeutender Gebäude und Wege) als auch aufgrund der Zeit, in der sie gebaut und benutzt wurde (die Straße wurde Jahrhunderte lang intensiv genutzt), und aufgrund kultureller Kriterien (Bedeutung für Handel und Geistesleben, für Völkerverständigung und Kulturaustausch).

Um der weltweiten Dimension der Seidenstraße gerecht zu werden, entstand die Idee eines gemeinsamen Antrages Chinas und mehrerer zentralasiatischer Staaten zur Aufnahme der Seidenstraße in die Welterbe-Liste. Im Jahr 2006 einigten sich 50 Experten aus China, Kasachstan, Kirgisien, Usbekistan und Tadschikistan grundsätzlich auf ein gemeinsames Vorgehen bei der *UNESCO*. Experten erstellten Listen schützenswerter Kulturgüter. In einem ersten Entwurf einer bei der Welterbe-Kommission einzureichenden Liste wurden in den zentralasiatischen Staaten 54 Kulturdenkmäler berücksichtigt und in China 48 Stätten (*Xinhua, 19.6.2007*). Nur zwölf der von China in diese Vorauswahl genommenen Kulturstätten sind in Xinjiang/Ostturkestan gelegen. Die meisten dieser Kulturdenkmäler sind Grabstätten. Die Altstadt Kashgars ist nicht in die



Liste aufgenommen worden. Diese Liste wird noch weiter reduziert werden, bevor sie im Jahr 2011 offiziell bei der Welterbe-Kommission zur Registrierung eingereicht wird (*Xinhua*, 9.4.2009).

Die Bemühungen um eine Registrierung der Seidenstraße als Weltkulturerbe könnten durch die weitgehende Zerstörung der Altstadt Kashgars massiv beeinträchtigt werden. Die *UNESCO*-Experten hatten immer wieder hervorgehoben, dass es bei diesem Projekt nicht darum gehe, einzelne Ausgrabungsstätten und Höhlen unter einen wirksameren Schutz zu stellen, sondern dass diese einzigartige Handelsroute mit allen ihren Aspekten berücksichtigt werden müsse und dieser Gesamtcharakter besonders schützenswert sei. In diesem Zusammenhang verwiesen sie immer wieder auf die große Bedeutung der Oasenstädte, unter denen Kashgar nicht wegzudenken sei. Wenn Chinas Behörden nun mit aller Macht auch gegen den Widerstand der lokalen Bevölkerung und unter Verletzung nationaler chinesischer Gesetze und Verordnungen weite Teile des alten Stadtkerns dieses Symbols der Seidenstraße zerstören lässt, dürfte dies für die *UNESCO* sowohl ernste Zweifel an der Vertragstreue Chinas aufwerfen wie auch an der Glaubwürdigkeit des öffentlich bekundeten Engagements Pekings für den Schutz historisch bedeutsamer Kulturstätten.

## 17. Altstadt-Zerstörung verletzt das Völkerrecht



Chinas Behörden verletzen beim Abriss des alten Stadtkerns von Kashgar nicht nur massiv nationales chinesisches Recht, sondern auch Konventionen und Normen des Völkerrechts, zu deren Einhaltung sich die Volksrepublik verpflichtet hat:

- **Konvention zur Abschaffung jeder Form von Rassismus und rassistischer Diskriminierung:**

Artikel 5e verbietet jede Rassendiskriminierung und fordert Gleichheit bei der Ausübung des Rechts auf eine angemessene Wohnung.

- **Kinderrechts-Konvention:** Artikel 27 sichert das Recht auf angemessenes Wohnen.
- **Konvention zur Abschaffung jeder Diskriminierung gegen Frauen:** Artikel 14, Absatz 2, schreibt das Recht auf angemessenes Wohnen fest.
- **UNESCO-Deklaration zur Rasse und rassischen Vorurteilen** (vom 27.11.1978): Sie verbindet das Recht auf eine Wohnung mit kultureller Identität und verlangt von Staaten, einzelne ethnische Gruppen bei der Vergabe von Wohnungen nicht zu benachteiligen.
- **Globale Schutz-Strategie für das Jahr 2000** (einstimmig verabschiedet von der Vollversammlung der Vereinten Nationen im Jahr 1988): Alle Staaten sollten sich grundlegend verpflichten, Häuser und Stadtviertel zu schützen, statt sie zu beschädigen oder zu zerstören.
- **Internationaler Pakt über Wirtschaftliche, Soziale und Kulturelle Rechte:** Das **UN-Komitee für Wirtschaftliche, Soziale und Kulturelle Rechte** hat detaillierte Richtlinien für Staaten im Umgang mit dem Recht auf Wohnung verabschiedet (am 12. Dezember 1991): Das Recht auf angemessenes Wohnen umfasst gemäß diesen Richtlinien auch ein Leben in Sicherheit, Frieden und Würde. Auch muss die Wohnungs- und Baupolitik und Entwicklungsstrategie den Bewohnern einer Stadt ermöglichen, ihre kulturelle Identität auszudrücken, statt die Kultur im Namen der Modernisierung zu opfern.

## 18. Zerstörung Kashgars erinnert an den Abriss des alten Lhasa

Während Jahrtausenden hatte auch die Altstadt der alten tibetischen Hauptstadt Lhasa ein architektonisch einheitlich geprägtes Stadtbild entwickelt. Das Zentrum dieser heiligen Stadt hat für das heutige Tibet noch immer eine unersetzliche religiöse und kulturelle Bedeutung. 1980 entwickelte die Regierung der Autonomen Region Tibet Pläne für eine Modernisierung Lhasas. Im Jahr 1983 wurde der *Entwicklungsplan Lhasa Stadt 2000* verabschiedet.

Schon damals bestand die Stadt ähnlich wie Kashgar aus zwei unterschiedlichen Teilen. Der tibetisch geprägten Altstadt standen neue chinesische Siedlungsviertel gegenüber, die den alten Stadtkern vollkommen umschlossen. Die chinesischen Stadtviertel, die aus alten Armeebaracken entstanden sind, ähnelten jeder beliebigen chinesischen Stadt. Damit unterschieden sie sich deutlich von der dekorativen Architektur des alten Stadtkerns. Die chinesischen Viertel Lhasas waren im Jahr 1995 bereits zehnmal so groß wie die traditionell von Tibetern bewohnten Gebiete der Stadt. Seit der Eröffnung der Eisenbahnlinie von Golmud nach Lhasa im Jahr 2006 hat die Zuwanderung von Han-Chinesen noch einmal massiv zugenommen.

Die Umsetzung des Entwicklungsplanes hat dazu geführt, dass weite Teile des alten Stadtkerns von Lhasa dem Erdboden gleichgemacht wurden. So verschwanden im Zuge der »Modernisierung« 470 zum Teil Jahrhunderte alte Gebäude. Mehr als 5000 Tibeter wurden zwangsumgesiedelt (*Racial Discrimination, Statement of the Society for Threatened Peoples in the UN Human Rights Commission, 2000*). Mehr als 40.000 Tibeter wurden im Jahr 1989 aus Lhasa ausgewiesen und mussten in ihre Heimatdörfer zurückkehren, weil in Lhasa Platz für den Abriss von Häusern und den Neubau moderner Geschäfts- und Privathäuser gebraucht wurde.

Allein in den ersten Monaten des Jahres 1990 wurden mehr als zehn Prozent des alten Hausbestands in Lhasa zerstört. Rund 3500 Tibeter wurden aus ihren alten Häusern umgesiedelt,

50 traditionelle Häuser im Stadtkern Lhasas niedergegerissen. Im Barkhor-Viertel, einem der ältesten Stadtgebiete Lhasa, wurden zwischen 1989 und 1993 mehr als die Hälfte der alten Steinhäuser zerstört. Im Jahr 1993 zählte man bereits 45 Baustellen im kleinen Barkhor-Viertel (*Housing Rights Violations in Occupied Tibet*, Eva Herzer / Losang Rabgey, *International Committee of Lawyers for Tibet*, Mai 1996). Noch im gleichen Jahr verschwand das Shol-Viertel aus dem 17. Jahrhundert, in dem 700 Tibeterinnen und Tibeter gewohnt hatten. Ein Markt für Touristen wurde auf dem Land ihrer Häuser errichtet. Nach einer Studie des von den Vereinten Nationen unterhaltenen *Centre on Housing Rights and Evictions (COHRE, Genf)* machten die tibetischen Stadtbezirke im Jahr 1995 nur noch zwei Prozent der Fläche der Stadt aus (*Pogrom*, Nr. 183, Juni 1995, S.54).

## 19. Neue Häuser in Lhasa schützen nicht vor Erdbeben

Zwischen den Jahren 1980 und 2000 wurden 300 000 Quadratmeter alter Wohnflächen in Lhasa zerstört und 5.226 tibetische Haushalte zwangsweise umgesiedelt. Wie in Kashgar heute wurde auch damals in Lhasa von den chinesischen Behörden argumentiert, die alten Häuser würden nicht den Wohnstandards in der Volksrepublik entsprechen und müssten daher abgerissen werden. Auch könnten die alten Häuser Erdbeben nicht standhalten und müssten daher abgerissen werden, erklärten die Behörden. Die meisten dieser Gebäude waren jedoch bereits mehrere hundert Jahre alt und hatten vielen Erdbeben widerstanden. Fachleute bezweifeln den Sinn eines chinesischen Gesetzes zur Baustabilität, das Gebäude mit Holzpfählern für unsicher erklärt und Stahlträger zur Norm beim Bau von Häusern erklärt. Die Statiker weisen daraufhin, dass gerade diese Holzkonstruktionen so viel Flexibilität beweisen, dass sie auch größere Erdstöße abpuffern können, ohne dass das Gebäude zusammenbricht. Auch äußerten Statiker ernste Zweifel an der Stabilität der neuen Wohngebäude. Der in der Region verwendete Beton sei oft von minderer Qualität und die darin verankerten Stahlträger würden oft auf ein Minimum reduziert, so dass die Gebäude stärkeren Erdbeben kaum standhalten könnten. Zusätzliche Stockwerke, die auf manchen der neuen Häuser in Lhasa gebaut wurden, würden die Statik massiv beeinträchtigen und hätten zur Folge, dass die neuen Häuser weniger Schutz gegen Erdbeben bieten würden als die alten Gebäude.

Ähnlich wie Kashgar wurde auch Lhasa von den Behörden in die Liste der »historisch und kulturell bedeutsamen Städte Chinas« aufgenommen. Wie groß der Widerspruch zwischen Theorie und Praxis des Denkmalschutzes in China ist, macht der Fall der mutwilligen Zerstörung des alten Lhasa sehr deutlich. So wird in der 1990 erlassenen »Verordnung zur Handhabung der Erhaltung des kulturellen Erbes in der Autonomen Region Tibet« unmissverständlich erklärt, dass es illegal ist, historische Denkmäler oder Gebäude zu zerstören, die in unmittelbarer Nähe kulturell bedeutsamer Bauwerke gelegen sind. Auch dürfen gemäß Artikel 17 der Verordnung keine neuen Gebäude in Tibet errichtet werden, die den Charakter eines kulturhistorischen Stadtteils verändern. Alle diese Vorschriften wurden bei der »Sanierung« Lhasas mit dem Bulldozer missachtet.

Erschwerend kommt hinzu, dass auch keine Rücksicht auf historische Stätten und Bauwerke genommen wurde, die bereits zur Registrierung in der Weltkulturerbe-Liste vorgeschlagen worden waren. So wurde der Potala-Palast im Jahr 1994 in die Liste aufgenommen, der Jokhang-Palast im Jahr 2000 und der Norbulinka-Bezirk im Dezember 2001. Gemeinsam sind diese Bauwerke registriert als das »Historische Ensemble des Potala-Palastes, Lhasa«. Die chinesischen Behörden ignorierten nicht nur alle Bestimmungen über die Einrichtung von »Pufferzonen« zu den Weltkulturerbe-Stätten und zerstörten wahllos alte Bauwerke, sie verletzen auch ihre Berichtspflichten gegenüber dem Welterbe-Komitee. Gemäß Artikel 56 der »Richtlinien zur

Umsetzung der Welterbe-Konvention« (*Operational Guidelines for the Implementation of the World Heritage Convention*) müssen alle Vertragsstaaten das Komitee informieren, wenn sie neue Gebäude oder umfassende Sanierungen in der Nähe von Kulturdenkmälern planen, die unter dem Welterbe-Schutz stehen und durch die Bau-Maßnahmen beeinträchtigt werden könnten (*„Rebuilding‘ and ‚Renovation‘ in Lhasa, Tibet Information Network, Special Report, 10.9.2002, S.6*).

Auch in Lhasa kam die »Sanierung« für die meisten Mieter und Eigentümer der Häuser in der Altstadt überraschend. Geschäftsleuten wurde eine Frist von nur zehn Tagen eingeräumt, um ihre Geschäfte zu schließen. Den Betroffenen wurde kein formaler Weg vorgeschlagen, um gegen den Räumungsbeschluss juristisch vorzugehen. Viele der armen Bewohner der Altstadt konnten die Mieten in neuen Wohnblocks, in die sie umziehen sollten, nicht langfristig aufbringen.

Die Umsiedlung hatte tiefgreifende soziale Folgen für die Betroffenen. Sie schürte die Marginalisierung der ärmsten Bewohner der Stadt und machte die Han-Chinesen als Zuwanderer zu den Gewinnern der Sanierungspolitik mit dem Bulldozer.

## 20. »Sanierung« erleichtert Überwachung der Tibeter in Lhasa

Erfolgreich verstärkten chinesische Sicherheitskreise mit der Zerstörung der Altstadt Lhasas ihr Ziel einer nachhaltigen Kontrolle der tibetischen Bevölkerung in der Stadt. So ging auch die Zahl öffentlicher Proteste nach dem Niederreißen der alten Häuserzeilen zurück, da breite Straßen und übersichtlich gebaute neue Komplexe von Wohn- und Geschäftshäusern eine nahezu lückenlose Überwachung der Bevölkerung mit Sicherheitskameras erlaubt. In den verwinkelten Gassen der Altstadt war eine Installation von Überwachungskameras zuvor nicht möglich.

Ähnlich wie Kashgar den Uiguren, so gilt auch Lhasa den Tibetern als ihr kulturelles, religiöses, gesellschaftliches und soziales Zentrum. Dort halten sich Touristen, Journalisten und andere Ausländer auf, die die Proteste wahrnehmen und im Ausland darüber berichten. So ist die chinesische Politik durchaus konsequent, wenn sie bei diesen bedeutsamsten Siedlungszentren der Tibeter und Uiguren ansetzt: Mit der Zerstörung der bestehenden sozialen, kulturellen und historischen Strukturen in beiden Städten beeinträchtigen die Behörden nachhaltig das Engagement dieser Nationalitäten für die Durchsetzung ihrer kulturellen, sozialen und politischen Rechte. So zielt letztlich die Zerstörung der Altstädte von Lhasa und Kashgar auf ein gemeinsames Ziel ab: Die kulturelle, religiöse und soziale Identität der Tibeter und Uiguren zu untergraben und beide Nationalitäten in ihrer Heimat zur Minderheit im eigenen Land zu machen.

## 21. Weltweite Proteste gegen Chinas »kulturellen Vandalismus« in Tibet

Weltweit gab es Proteste gegen die Zerstörung des alten Lhasa. So wurde auf der *HABITAT II*-Konferenz der Vereinten Nationen in Istanbul (4.-14.6.1996), die sich schwerpunktmäßig mit Problemen des Städtebaus beschäftigte, der Niedergang Lhasa offen angesprochen. Die *UNESCO* entsandte eine Untersuchungskommission nach Lhasa, um das Ausmaß der Zerstörung und die Folgen für das Weltkulturerbe zu analysieren. Das *Welterbe-Komitee* der *UNESCO* forderte daraufhin Chinas Behörden im August 2003 auf, eine Strategie zu entwickeln, um den Schutz des alten Lhasa zu gewährleisten. Der UN-Sonderberichterstatter für angemessenes Wohnen, Miloon Kothari, appellierte im April 2003, einen Dialog mit Chinas Behörden über die Zerstörung der historischen Gebäude zu beginnen. Selbst europäische Tibetologen äußerten sich

kritisch zur Zerstörung des alten Stadtkerns. Von 600 historischen Gebäuden, die im Jahr 1948 von Tibetologen registriert wurden, würden im Jahr 1998 nur noch 250 fortbestehen, warnten die Wissenschaftler (*Le Monde*, 2.1.1998). Auch der *Bund Deutscher Architekten* äußerte sich auf Initiative der *Gesellschaft für bedrohte Völker* im März 1995 sehr beunruhigt über die Zerstörung ganzer Stadtviertel, um den »Aufbau eines sozialistischen Lhasa« voranzutreiben.

## 22. Alte Häuser in Lhasa aktiv schützen und sanieren

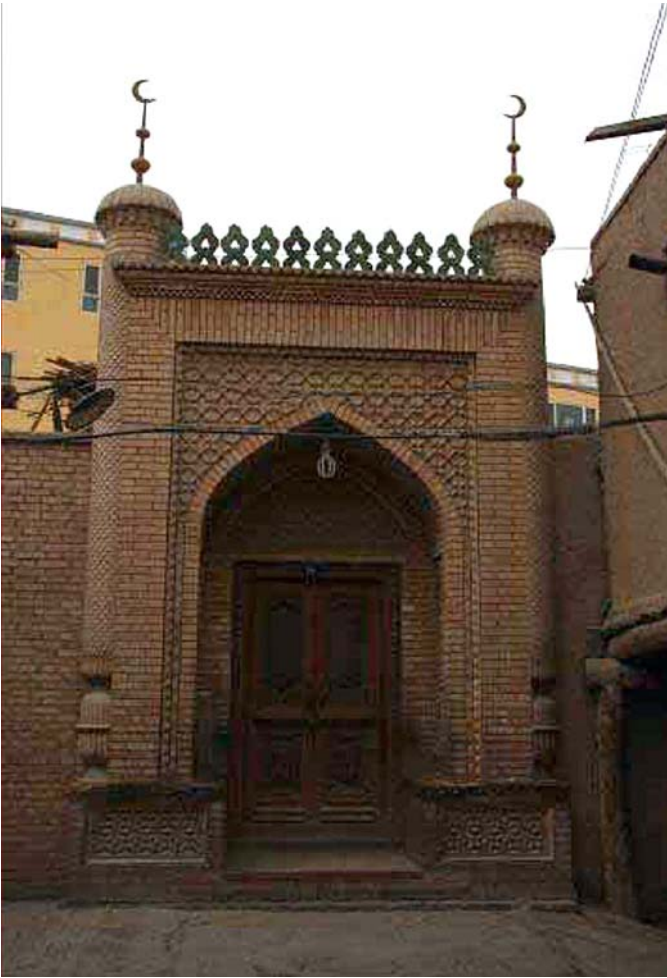
Auf dem Höhepunkt der Abrisswelle gründeten mehrere ausländische Experten 1996 den *Fonds Tibet Erbe (Tibet Heritage Fund)*. Die Nichtregierungsorganisation, in der auch der Berliner André Alexander aktiv mitarbeitet, hat sich zum Ziel gesetzt, nicht nur über die Zerstörung der alten Bausubstanz zu klagen, sondern mit konkreter Hilfe die Sanierung besonders schützenswerter Häuser zu fördern und lokale traditionelle Handwerker mit der Instandsetzung der vom Abriss bedrohten Gebäude zu beauftragen. Ziel der Initiative war es auch, die Lebensbedingungen der in der Altstadt lebenden Tibeter zu verbessern und ihnen erschwinglichen Wohnraum zu sichern. Das gesamte Projekt fand unter großer Einbeziehung der lokalen Bevölkerung statt und wurde von zahlreichen Staaten und ausländischen Organisationen wegen seines Vorbildcharakters gefördert. So unterstützten auch die deutsche Bundesregierung, die *Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ)* und *Misereor* das Vorhaben (*Upgrading of Housing as a Strategy for Poverty Reduction: the case of old Lhasa, Tibet, China, Andre Alexander, Pimpin de Azevedo, Lundup Dorje, An Li in: Lhasa Study, Theme: Employment Generation and Participatory Area Development*).

So gelang es dem *Fonds Tibet Erbe*, die Behörden davon zu überzeugen, 93 vom Abriss bedrohte Häuser unter Schutz zu stellen. Rund 300 handwerklich interessierte junge Leute und traditionelle Handwerker sanierten zahlreiche Gebäude. Anschaulich zeigte das Projekt, wie die lokale Bevölkerung aktiv in die Planung und Umsetzung der Sanierung ihrer Stadtviertel einbezogen werden kann. So können nicht nur die Bedürfnisse der Betroffenen optimal berücksichtigt werden, sondern es wächst auch unter allen Mitarbeitern des Projekts und den Einwohnern des Stadtviertels der Respekt gegenüber der traditionellen Lebensweise und Kultur.

Leider musste der *Fonds Tibet Erbe* im Jahr 2000 auf Anordnung der Behörden seine Arbeit in Lhasa einstellen. Inzwischen haben viele der Handwerker in anderen Regionen Tibets oder in benachbarten Provinzen ihr Wissen erfolgreich eingebracht, um sich für die Erhaltung alter Bausubstanz einzusetzen. Auch in einigen Nachbarländern ist die Nichtregierungsorganisation inzwischen aktiv. So wegführend dieses Projekt auch war, so machten Chinas Machthaber doch unmissverständlich deutlich, dass sie weder Interesse an einer Einbeziehung der lokalen Bevölkerung in die »Sanierung« noch an einem wirksamen Schutz der alten Bausubstanz haben.

## 23. Menschenrechte der Uiguren werden ignoriert

Chinas Umgang mit der »Sanierung« der Altstadt Kashgars steht beispielhaft für das Verhältnis zwischen den chinesischen Behörden und der uigurischen Mehrheitsbevölkerung in der Autonomen Uigurischen Region Xinjiang (Ostturkestan). Auch 60 Jahre nach der Gründung der Volksrepublik China und nach der militärischen Besetzung Ostturkestans durch die Volksbefreiungsarmee im Jahre 1949 ist das Verhältnis noch immer von Misstrauen, Verweigerung grundlegender Menschenrechte und pauschaler Kriminalisierung aller Angehörigen der überwiegend muslimischen Bevölkerungsgruppe der Uiguren gekennzeichnet.



Keine andere der 56 offiziell anerkannten Nationalitäten der Volksrepublik wird so massiv unterdrückt als die rund 12 Millionen Uiguren. Zwar ähneln die Probleme der Uiguren der Lage der Tibeter in der Autonomen Region Tibet und in tibetischen Siedlungsgebieten in umliegenden chinesischen Provinzen. So leiden Uiguren wie Tibeter unter der mangelnden Umsetzung ihrer Autonomie-Abkommen durch die chinesischen Behörden. Beide Nationalitäten sind aufgrund der massiv vom Staat geförderten Zuwanderung von Han-Chinesen existentiell in ihrer Identität und in ihrem Fortbestand bedroht. Auch leiden sowohl Uiguren als auch Tibeter unter der Verweigerung der Glaubensfreiheit, einer restriktiven Sprachenpolitik und einer massiven Diskriminierung im Arbeitsleben.

Doch ungeachtet der massiven Verfolgung der Tibeter hat die Repression in den tibetischen Siedlungsgebieten noch nicht das gleiche Ausmaß wie in Ostturkestan. Keine andere ethnische Bevölkerungsgruppe in der Volksrepublik leidet so sehr unter der exzessiven Verhängung der Todesstrafe für »politische Straftaten« wie

die Uiguren. Mehr als 700 aus politischen Gründen verhängte Todesurteile gegen Uiguren wurden seit 1997 vollstreckt. Systematisch wird die Bewegungsfreiheit von Uiguren in der gesamten Volksrepublik alleine aufgrund ihrer ethnischen Abstammung eingeschränkt. Razzien, willkürliche Verhaftungen und Folter prägen den Umgang der chinesischen Sicherheitsbehörden mit Uiguren. Verfolgt werden dabei nicht nur mutmaßliche Unterstützer von Unabhängigkeitsbewegungen: Pauschal werden Uiguren alleine aufgrund ihrer ethnischen Abstammung Opfer schwerster Menschenrechtsverletzungen.